

Alois Wacker

Arbeitslosigkeit als Thema der Sozialwissenschaften

Geschichte, Fragestellungen und Aspekte der Arbeitslosenforschung

1. Arbeitslosigkeit in der Geschichte

Um die Jahreswende 1876/77, also zur Zeit der deutschen „Gründerkrise“, klopfen im damaligen Industriedorf Linden – heute ein Stadtteil von Hannover – Beamte der Königlichen Polizei an alle Haustüren und erkundigten sich nach der Zahl der im Haushalt lebenden Arbeitslosen. Das Ergebnis dieser kleinen Umfrage wurde Ende Januar 1877 veröffentlicht. Man ermittelte unter anderem, dass zum Zeitpunkt der Befragung in Linden etwa 160 Familien lebten, „deren Ernährer“ – wie es in dem Bericht heißt – „schon seit Wochen ohne Arbeit und jeglichen Verdienst sind“¹.

Die Schutzleute fragten – modern gesprochen – auch nach den verfügbaren persönlichen Ressourcen und nach familiären beziehungsweise individuellen *Coping*- oder Überlebensstrategien, um mit der Notlage fertig zu werden. Denn es heißt weiter: „Mühsam und kümmerlich suchen zum Theil diese Familien sich durchzuhelfen, indem sie entweder Sachen versetzen oder Unterstützung von Seiten der Commune beanspruchen, auch wohl Schulden contrahiren oder die Mildtätigkeit Begüterter in Anspruch nehmen.“ Ziel der Umfrage war es, das Ausmaß der Hilfsbedürftigkeit in den arbeitslosen Familien und Haushalten zu ermitteln. Wie in vielen anderen deutschen Kommunen machten sich nämlich auch in Linden die Stadtväter Sorgen wegen der drohenden zusätzlichen Belastung der Gemeindefinanzen; denn der Bericht fährt fort: „Länger ist indes ein solcher Zustand nicht haltbar. Sie [die Arbeitslosen] werden alle der Armen-Verwaltung zur Last fallen, da sie in Linden ihren Unterstützungs-Wohnsitz haben.“

¹ HStA Hannover, Hann. 180 Hannover Nr.1378, S.1f.; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S.2; vgl. auch Jochen Mignat, Arbeitslosigkeit in Hannover 1877 bis 1989, in: *Hannoversche Geschichtsblätter* N.F. 44 (1990), S.79–132, und Rolf Wabner, *Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung 1815–1933*, Köln 1982.

Um diese Aussage richtig einordnen zu können, muss man wissen, dass die Wohngemeinde im Rahmen der kommunalen Armenfürsorge zur Unterstützung „ihrer“ hilfsbedürftigen Armen verpflichtet war². Anspruch auf Unterstützung hatten alle, die seit mindestens zwei Jahren in der Gemeinde gemeldet waren³. Auch hatte es Tradition, sich zur Bekämpfung der Armut der Polizei zu bedienen⁴. Noch in anderer Hinsicht ist diese kaum bekannte Umfrage aufschlussreich: Sie wurde wenige Jahre nach dem Beginn der großen Depression 1873, der „erste[n] Rezession des industrialisierten Deutschland“⁵, durchgeführt. Sie fand also am Beginn des gewaltigen gesellschaftlichen Transformationsprozesses statt, der Deutschland ins Industriezeitalter katapultierte und Arbeitslosigkeit als „Nichtbeschäftigung lohnabhängiger Arbeitskräfte [...], die zwar rechtlich frei, aber wirtschaftlich auf die Fremdverwertung ihrer Arbeitsleistung als des einzigen und persönlichen Mittels ihrer Existenzhaltung angewiesen sind“⁶, zu einem wiederkehrenden Massenphänomen machte, das Politik und Sozialwissenschaften zunehmend beschäftigte.

2. Zur Geschichte der Arbeitslosigkeit – zur Geschichte der Arbeitslosenforschung

Vor diesem Hintergrund möchte ich zunächst die Frage erörtern, wann eigentlich die sozialwissenschaftliche Forschung begann, das neuartige Phänomen ökonomisch bedingter Nichtbeschäftigung als Untersuchungsgegenstand zu entdecken. Hinweise finden sich in einigen Darstellungen zur Geschichte der Arbeitslosigkeit⁷, in

² Vgl. Frank Niess, *Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe: Ein Kapitel deutscher Sozialgeschichte*, Köln 1982, S. 97.

³ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*, Opladen 1998.

⁴ Vgl. Eckart Pankoke, Von „guter Policey“ zu „socialer Politik“. „Wohlfahrt“, „Glückseligkeit“ und „Freiheit“ als Wertbindung aktiver Sozialstaatlichkeit, in: Christoph Sachße/Florian Tennstedt (Hrsg.), *Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung*, Frankfurt a.M. 1986, S. 148–180.

⁵ Bénédicte Zimmermann, *Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie*, Frankfurt a.M. 2006, S. 41 f.

⁶ Walter Bogs, *Arbeitslosigkeit (II) Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung*, in: Erwin von Beckerath (Hrsg.), *Handwörterbuch der Sozialwissenschaft*, Bd. I, Göttingen 1956, S. 312–320, hier S. 312.

⁷ Vgl. z.B. John A. Garraty, *Unemployment in history. Economic thought and public policy*, New York 1978; John Burnett, *Idle hands. The experience of unemployment, 1790–1990*, London 1994.

denen die ältere Literatur zum Teil ausführlich ausgewertet wird. Auch könnte man vermuten, in Arbeiten zur Geschichte der empirischen Sozialforschung fündig zu werden; die Geschichte der Arbeitslosenforschung wird dort jedoch bestenfalls am Rande gestreift.

Die Suche nach den Anfängen sozialwissenschaftlicher Arbeitslosenforschung schließt zudem eine Offenlegung der Datierungskriterien ein. Eine Diskussion darüber fehlt meines Wissens jedoch bisher in der einschlägigen Literatur. Üblicherweise lässt man die Arbeitslosenforschung zur Zeit der ersten Weltwirtschaftskrise mit der bekannten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ oder – seltener – mit der ebenfalls 1933 erschienenen Dissertation des amerikanischen Soziologen Edward Wight Bakke beginnen⁸. Liest man beide Studien heute, so fällt auf, dass jede Bezugnahme auf andere Autoren und Untersuchungen, das heißt eine Darstellung des damaligen Forschungsstands, fehlt. Dies hat vermutlich dazu beigetragen, die Entstehung einer sozialwissenschaftlichen Arbeitslosenforschung mit dem Erscheinungsjahr dieser beiden Studien – 1933 – zu identifizieren.

Bénédicte Zimmermann wählte in ihrer Arbeit einen anderen Weg. Sie untersuchte, wann das Wort Arbeitslosigkeit in der deutschen Sprache gebräuchlich wurde und wann staatliche Institutionen begannen, Menschen als arbeitslos zu etikettieren und zu registrieren. Ihre wichtigste Quelle stellt eine Bibliographie aus dem Jahre 1904 dar⁹, die belegt, dass Arbeitslosigkeit vor etwa 1890 in Deutschland kein Thema gewesen sei, während die Zahl einschlägiger Publikationen nach 1890 gleichsam explodierte¹⁰. Auch John Garraty, ein Ökonom aus den USA, verweist auf den allgemeinen Sprachgebrauch und meint mit Blick auf Großbritannien, der Begriff Arbeitslosigkeit habe sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts allgemein durchgesetzt¹¹.

Dass Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst allmählich als eigenständiges, von Armut zu unterscheidendes soziales Problem erkannt und

⁸ Vgl. Marie Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Konstanz 1960 (Erstausgabe 1933); Edward Wight Bakke, The unemployed man: A social study, London 1933.

⁹ Vgl. Emil Krüger, Bibliographie der Arbeitslosenfürsorge. In dänischer, deutscher, französischer, holländischer, italienischer, norwegischer, portugiesischer, spanischer und tschechischer Sprache gesammelte Berichte, Berlin 1904.

¹⁰ Vgl. Zimmermann, Arbeitslosigkeit, S. 41 f.

¹¹ Vgl. Garraty, Unemployment in history, S. 4.

anerkannt wurde, ist mittlerweile gut untersucht und weitgehend unstrittig¹². 1885 ging man im Rahmen der reichsweiten Vereinheitlichung der Armenfürsorge in Deutschland zum Beispiel dazu über, zwischen elf Armutsursachen und damit zwischen elf Gruppen von Armen zu unterscheiden¹³. In der deutschen Sozialstatistik wurde Arbeitslosigkeit nun – neben Krankheit, Verletzung des Ernährers, Altersschwäche, Arbeitsscheu – neu als Armutsursache eingeführt. Im diskursanalytischen Jargon Zimmermanns wurde Arbeitslosigkeit damit erstmals als eigenständiges Phänomen „sozial sichtbar“.

Aus dem Blickwinkel des empirischen Sozialforschers wäre es allerdings höchst ungewöhnlich, wenn die dramatischen Konjunkturausschläge in der Anfangsphase der Industrialisierung und ihre Auswirkungen nicht früher das Interesse der entstehenden Sozialwissenschaften auf sich gezogen hätten. Selbst Karl Marx unternahm 1880 den – bekanntlich gescheiterten – Versuch einer Industriearbeiterbefragung, in der auch das Problem des Arbeitsplatzverlusts thematisiert wurde¹⁴. Eine weitere Möglichkeit, den Beginn einer sozialwissenschaftlichen Arbeitslosenforschung zu bestimmen, liegt daher in der Suche nach thematisch einschlägigen empirischen Studien. In Großbritannien, wo nicht nur die Industrialisierung, sondern auch die empirische Sozialforschung früher einsetzte als in Deutschland¹⁵, entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl von Sozialenqueten¹⁶. Bereits 1840 untersuchte der Arzt, Medizinalstatistiker und Soziologe Louis René Villermé auf der Basis einer vergleichenden Feldstudie Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit in der schweizerischen und französischen Textilindustrie¹⁷.

¹² Vgl. Burnett, *Experience*, S. 146.

¹³ Vgl. hierzu und zum Folgenden Zimmermann, *Arbeitslosigkeit*, S. 57.

¹⁴ Vgl. Karl Marx, Fragebogen für Arbeiter (1880), in: Marx – Engels, *Werke* (MEW), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 19, Berlin 1969, S. 230–237, hier S. 230ff.

¹⁵ Vgl. Bernard Lécuyer/Anthony Oberschall, *The early history of social research*, in: David L. Sills (Hrsg.), *International encyclopedia of the social sciences*, Bd. 15, New York 1968, S. 36–53, und Wolfgang Bonß, *Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung*, Frankfurt a.M. 1982.

¹⁶ Vgl. z.B. Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen* (1845), in: MEW, Bd. 2, S. 224–506; Johannes Fallai, *Einige Mitteilungen über die Einrichtung statistischer Enqueten in England, Frankreich und Belgien, mit einer Schlußanwendung auf den deutschen Zollverein*, in: *Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft* 3 (1846), S. 725ff.

¹⁷ Vgl. Louis R. Villermé, *Tableau de l'état physique et moral de ouvriers employés dans les manufactures de coton, de laine et de soie*, Paris 1840.

Problemwahrnehmung und Problembewusstsein waren also – zumindest in bestimmten Kreisen – schon weit vor 1890 entwickelt. 1849 publizierte Rudolf Virchow seine berühmten „Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie“, in der er als Heilmittel zur Linderung des Elends Maßnahmen der Wirtschaftsförderung vorschlug und so zum Begründer der Sozialmedizin wurde¹⁸. Insgesamt – und dafür ist auch die eingangs erwähnte Lindener Umfrage ein spätes Beispiel – gilt wohl Oberschalls Feststellung: „Auch vor 1870 hat es in Deutschland schon [...] Erhebungen gegeben; aber diese wurden im kleinen, örtlich begrenzten Rahmen durchgeführt.“¹⁹

In seiner in den 1870er Jahren begonnenen Studie über die Hausindustrie in den Taunusdörfern untersuchte der Frankfurter Privatgelehrte Gottlieb Schnapper-Arndt die Folgen der lokalen Wirtschaftskrise, er redete aber statt von Arbeitslosigkeit von der „plötzlichen Brotlosigkeit“ der Beschäftigten – mit dem bezeichnenden Zusatz „infolge industrieller Krisen“²⁰. Ähnlich sprach Friedrich Engels in einer seiner Elberfelder Reden aus dem Jahre 1845 mal von der großen „Anzahl brotloser Arbeiter“, mal von der „großen Anzahl arbeitsloser Leute“ beziehungsweise den „Arbeitslosen“²¹. Albert Johann Dufour-Feronce und Gustav Harkort widmeten ihre 1848 erschienene Denkschrift dem „Verein der brotlosen Arbeiter“²². Das „Zentralkomitee für Arbeiter“ forderte im April 1848 in Berlin die „Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten“²³. Auf dem Kongress der Arbeitervereine im August desselben Jahres wurde dann erstmals die Forderung nach Einrichtung einer „staatlichen Arbeitslosenunterstützung“ erhoben²⁴. Selbst wenn also Mitte des 19. Jahrhunderts im Falle entlassener Arbeiter

¹⁸ Rudolf Virchow, Die Not im Spessart. Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie, Darmstadt 1968.

¹⁹ Anthony Oberschall, Empirische Sozialforschung in Deutschland 1848–1914, Freiburg 1997, S. 43.

²⁰ Gottlieb Schnapper-Arndt, Hoher Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung in fünf Dorfgemeinden, Allensbach 1975, hier S. 155.

²¹ Friedrich Engels, Zwei Reden in Elberfeld (vorgetragen am 8. und 15. 2. 1845), in: MEW, Bd. 2, S. 536–557, hier S. 544f.

²² Vgl. Albert Johann Dufour-Feronce/Gustav Harkort, Versuch zur Beantwortung einiger der durch die Commission für Erörterung der Gewerbs- und Arbeits-Verhältnisse in Sachsen aufgestellten Fragepunkte, Leipzig 1848.

²³ Zit. nach Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf 1981, hier S. 24.

²⁴ Hans Limmer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, 3. völlig überarbeitete Aufl., München 1970, hier S. 18.

in Deutschland noch nicht durchgängig von Arbeitslosigkeit gesprochen wurde, war das Wort offensichtlich bekannt und in Gebrauch. Die sogenannte Arbeiter- oder „soziale Frage“²⁵ beschäftigte nicht nur Polizei und Politik, sondern auch die Sozialwissenschaften und die entstehende empirische Sozialforschung.

Charakteristisch für diese erste Phase sozialwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitslosigkeit war allerdings, dass – in den Industriestaaten mindestens noch bis zur Weltwirtschaftskrise – Arbeitslosigkeit und Armut wie Zwillinge zusammengehörten. Angesichts unzureichender sozialer Unterstützungssysteme war Hunger eine der unvermeidlichen Folgen länger anhaltender Erwerbslosigkeit. Noch 1933 fand der US-amerikanische Journalist Robert McMurtry für seinen nach einem Besuch in Marienthal entstandenen Artikel die Überschrift „When men eat dogs“, um die extreme Notlage der Menschen zu verdeutlichen²⁶. Und in den 1980er Jahren gab Marie Jahoda im Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise zu bedenken: „Vielleicht sind ihre Resignation, Apathie und Hoffnungslosigkeit nicht Folge des *Arbeitsplatzverlustes*, sondern ihrer *Armut*.“²⁷ An anderer Stelle betonte sie:

„Offenkundig gibt es zwei Faktoren, die die mentale Verfassung von Arbeitslosen potentiell erklären können: die plötzliche Verschlechterung des Lebensstandards, die allzu oft in Armut führt, wenn Zuwendungen und Ersparnisse aufgebraucht sind; oder der Verlust der Arbeit und der mit ihr verbundenen Lebensweise.“²⁸

Wir können also das folgende Zwischenfazit ziehen: Je nach Standpunkt und Präferenz lassen sich die Anfänge der Arbeitslosenforschung auf die Jahre 1933, 1890, 1885 oder 1849 datieren.

²⁵ Vgl. z.B. Wolfram Fischer/Georg Bajor, *Die soziale Frage*, Stuttgart 1967.

²⁶ Robert N. McMurtry, *When men eat dogs*, in: *The Nation* vom 1. 4. 1933, S. 15–18.

²⁷ Marie Jahoda, *Strategic questions in social research: The case of unemployment*, in: Roy M. MacLeod (Hrsg.), *Technology and the human prospect. Essays in honour of Christopher Freeman*, London 1986, S. 157–172, hier S. 162 (Übersetzung und Hervorhebung durch den Autor).

²⁸ Marie Jahoda, *Economic recession and mental health: Some conceptual issues*, in: *The Journal of Social Issues* 44 (1988), S. 13–23, hier S. 17 (Übersetzung durch den Autor).

3. Was erschwert die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeitslosenforschung?

Warum fällt es so schwer, die Anfänge sozialwissenschaftlicher Arbeitslosenforschung eindeutig zu datieren? Blickt man zurück auf die Situation um 1850, so fällt auf: Arbeitslosenforschung war seit ihren Anfängen multidisziplinär und ist es bis heute geblieben. Unter dem Dach der Sozialwissenschaften versammelten sich im 19. Jahrhundert – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Disziplinen wie Ökonomie, Staatswissenschaft, (Moral-)Statistik, Rechtswissenschaft, Sozialmedizin, Soziologie und Geschichtswissenschaft²⁹. Der verständliche Blick von Soziologen oder Psychologen auf ihre eigene Fachgeschichte engt das Sichtfeld freilich unzulässig ein. Soll die Geschichte der Arbeitslosenforschung in ihrer ganzen Vielfalt und Breite aufgearbeitet werden, sind alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu berücksichtigen. Will man Multidisziplinarität nicht nur empirisch konstatieren, sondern auch rechtfertigen, so bietet sich aus meiner Sicht ein Scheinwerfermodell an: Jede Wissenschaft besitzt eigene theoretisch-methodische Zugänge und eigene Fragestellungen, mit denen sie ihre Untersuchungsgegenstände auf ihre Weise konstituiert. Diese Eigentümlichkeit macht zwar die interdisziplinäre Zusammenarbeit alles andere als einfach, aber sie ermöglicht es, spezifische Aspekte eines Themas aus der jeweiligen Fachperspektive professionell zu erhehlen. Im günstigen Fall können sich die disziplinären Sichtweisen perspektivisch ergänzen und ein besonderes Licht auf den Gegenstand der Untersuchung werfen. Aber keine einzelne Disziplin kennt oder hat das ganze Bild.

Erschwert wird die Aufarbeitung der Anfänge der Arbeitslosenforschung aber nicht nur durch die Vielzahl der Disziplinen, die Arbeitslosigkeit zu ihrem Thema gemacht haben, sondern auch dadurch, dass die empirische Beschäftigung mit der Arbeitslosigkeit in den Sozialwissenschaften fast zwangsläufig reaktiv erfolgt. Soziale Probleme werden also erst dann wissenschaftlich bearbeitet, wenn sie zu einem gesellschaftlichen Problem geworden sind. Diese Ausgangslage führte im Auf und Ab der Konjunktur zu einer diskontinuierlichen Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit dem Thema Arbeitslosigkeit. Damit erhöhte sich zwangsläufig das Risiko, dass der erreichte Forschungsstand nicht beständig festgehalten wurde und nur mit Mühe fortgeschrieben werden konnte. Elisabeth Noelle-Neumann wies etwa im Zusammenhang mit der

²⁹ Vgl. Oberschall, Empirische Sozialforschung, S. 82 und S. 92.

Neuaufgabe der Marienthal-Studie im Jahre 1960 darauf hin, dass in der damaligen wirtschaftlichen Boomphase sowohl in Europa als auch in den USA „Marienthal“ weitgehend vergessen war³⁰.

Da die Erscheinungsformen der Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zudem stark durch die wirtschaftliche Entwicklung, das System der sozialen Sicherung im Falle der Erwerbslosigkeit und die gesellschaftlich dominierenden Wertorientierungen geprägt werden, entsteht das psychosoziale Profil der Arbeitslosigkeit gleichsam in jeder Epoche neu und muss empirisch auch neu bestimmt werden. Die Diskontinuität betrifft also nicht nur die Geschichte der Arbeitslosenforschung und ihre Fortschreibung; sie ist in gewisser Weise die notwendige Konsequenz historischer Veränderungen, die die Erscheinungsformen und die Erfahrung der Arbeitslosigkeit zeitgenössisch prägen. In diesem Sinne konstatierte Marie Jahoda in ihrem Vergleich der Arbeitslosigkeit der 1930er und der 1980er Jahre, dass sich seither vieles „radikal verändert“ habe, so dass es „aus sozialpsychologischer Perspektive sinnvoll“ sei, „zu untersuchen, ob sich die Erfahrungen aus den dreißiger Jahren heute wiederholen“³¹.

Der französische Sozialpsychologe Serge Moscovici hat in den 1970er Jahren zur Kennzeichnung kollektiv geteilter Meinungen und Wirklichkeitsauffassungen das Konzept der „sozialen Repräsentation“ vorgeschlagen. Vereinfacht gesagt sind soziale Repräsentationen für ihn Bilder, die „in unseren Köpfen herumschwirren, die wir jedoch nicht selbst geschaffen haben“³². Vielmehr übernehmen wir soziale Repräsentationen als gesellschaftlich geprägte und kulturell verankerte Wahrnehmungs- und Deutungsmuster aus unseren sozialen Netzwerken. Solche Bilder konservieren und tradieren kollektive gesellschaftliche Erfahrungen und Bewertungen und erleichtern uns die soziale Orientierung. Wenn dem so ist, dann besteht in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels die Gefahr, dass unsere begrifflichen Analyseversuche die Veränderungen der Realität nur deshalb unzureichend erfassen, weil wir noch in aus der Vergangenheit übernommenen Kategorien denken und argumentieren. So fällt es uns heute meist schwer, bei Armut *nicht*

³⁰ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, My friend Paul F. Lazarsfeld, in: *International Journal of Public Opinion Research* 13 (2001), S. 315–321.

³¹ Marie Jahoda, *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*, Weinheim 1983, S. 62.

³² Serge Moscovici, *Geschichte und Aktualität sozialer Repräsentationen*, in: Uwe Flick (Hrsg.), *Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache*, Reinbek 1995, S. 266–314, hier S. 281.

an Hunger zu denken, obwohl wir wissen, dass Einkommensarmut in Deutschland eher mit Übergewicht einhergeht.

Mit der Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren wurden zunächst die alten, überlieferten Bilder der Arbeitslosigkeit aus den 1930er Jahren reaktiviert, bis man entdeckte, dass sich die sozialstaatlichen Sicherungen in der Zwischenzeit signifikant verbessert hatten³³. Das für diese Zeit charakteristische Schwanken zwischen Dramatisierung und Verharmlosung der Arbeitslosigkeitsfolgen hat sicherlich einen Grund in diesen tradierten Bildern von Arbeitslosenschicksalen aus der Zeit der Weimarer Republik, die mit dem Auftauchen der Massenarbeitslosigkeit wieder erinnert wurden. Solche Bilder können bekanntlich gesellschaftlich sehr wirkmächtig sein, müssen aber natürlich nicht der Realität entsprechen³⁴.

4. Fragestellungen und Themen der frühen sozialwissenschaftlichen Arbeitslosenforschung

Auch auf die Gefahr hin, allzu sehr zu vereinfachen, möchte ich für die Frühzeit der sozialwissenschaftlichen Arbeitslosenforschung drei große thematische Linien herausstellen. Zwei dieser Linien sind inhaltlich aufeinander bezogen und formulieren – aus unterschiedlichem Blickwinkel – eine Makroperspektive: Welche politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen hatte, erstens, die periodisch wiederkehrende Massenarbeitslosigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels Deutschlands von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft? Wie sollte, zweitens, die Gesellschaft auf den Tatbestand der periodisch auftretenden Massenarbeitslosigkeit reagieren?

Was die erste dieser beiden thematischen Linien betrifft, schrieb Bénédicte Zimmermann: „Die Lohnarbeit und die Armut, die sie hervorbrachte, bezeichneten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts [...] einen Raum, in dem sich unterschiedliche Diskurse über die Gesellschaft trafen: konservative, liberale und sozialistische.“ Während Marxisten die soziale Frage „als Motor der

³³ Vgl. Garraty, *Unemployment in history*, S.251, und Marie Jahoda, Krankmachende Arbeitslosigkeit – gesundmachende Arbeit? Eine kritische Reflexion über die psychosozialen Funktionen der Arbeit, in: *Freiheit + Gleichheit* 4 (1983), S.69–72.

³⁴ Die neuere empirische Arbeitslosenforschung hat überzeugend belegen können, dass trotz aller sozialstaatlichen Verbesserungen seit den 1930er Jahren Arbeitslosigkeit auch heute noch für die überwiegende Zahl der Betroffenen eine massive Verunsicherung und psychosoziale Belastung darstellt; vgl. auch den Beitrag von Steffen Jaksztat in diesem Band.

Revolution betrachteten, der mit dem kapitalistischen System verschwinden würde“, versuchten die Reformer, „daraus eine neue Kategorie der öffentlichen Intervention zu machen“³⁵. Marx hatte sich bekanntlich im „Elend der Philosophie“ über jene lustig gemacht, die in der Armut nur das Elend sähen, „ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken, welche die alte Gesellschaft über den Haufen werfen wird“³⁶. Und Engels formulierte noch 1886 siegesgewiss: „[W]ährend die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr anschwillt, [...] können wir beinahe den Zeitpunkt berechnen, wo die Arbeitslosen die Geduld verlieren und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen werden“³⁷. Oder wie es dann 1926 auf dem 1. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale ganz in der Tradition dieser heroischen Massenpsychologie hieß: „Ihr seid die ersten, die in diesen Kämpfen gelitten haben. Ihr werdet aber auch die ersten sein, die zum Angriff übergehen werden!“³⁸

Wie Marie Jahoda in einem Interview Ende der 1970er Jahre zu Protokoll gab, stand noch in den 1920er Jahren in Wien genau diese Frage nach dem politischen Sozialisationspotential ökonomischer Krisenerfahrungen im Zentrum des Erkenntnisinteresses der jungen Sozialisten und Sozialwissenschaftler. In der Sozialistischen Partei Österreichs habe damals eine weitreichende Diskussion über die politische Wirkung der Massenarbeitslosigkeit stattgefunden: „Ein Teil der Diskutanten hat gesagt, es ruiniere die Arbeitslosen und mache sie apathisch; und der andere Teil hat gesagt, es führe zu einer Revolution.“³⁹ Um zwischen beiden Positionen rational entscheiden zu können, wurde – mit politischer Rückenbedeckung durch die Partei – dann die Untersuchung in Marienthal durchgeführt.

Den politisch-wissenschaftlichen Gegendiskurs über die soziale Frage, der an die Stelle der Revolutionserwartung die Reform setzte, führten vor allem die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik, dem neben Sozialwissenschaftlern und Juristen auch Ökonomen an-

³⁵ Zimmermann, Arbeitslosigkeit, S. 40f.

³⁶ Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“ (1846/47), in: MEW, Bd. 4, S. 49–184, hier S. 143.

³⁷ Friedrich Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe des Kapitals, in: MEW, Bd. 23, S. 36–40, hier S. 40.

³⁸ Zit. nach Ali Wacker, „...und wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen ihre Geduld verlieren“. Überlegungen zur Geschichte der Arbeitslosenbewegung, in: Hans Bosse u. a. (Hrsg.), Politische Psychologie, Frankfurt a.M. 1981, S. 125–150, hier S. 130.

³⁹ „Ich habe die Welt nicht verändert“. Gespräch mit Marie Jahoda, in: Mathias Greffrath (Hrsg.), Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek 1979, S. 103–144, hier S. 121ff.

gehörten. Sie beantworteten die Frage: Wie soll eine Gesellschaft auf den Tatbestand der periodisch auftretenden Massenarbeitslosigkeit reagieren? mit der Aufforderung zur sozialstaatlichen Intervention. Sobald angesichts der nicht länger zu leugnenden Risiken kapitalistischen Wirtschaftens die Verantwortung und Zuständigkeit des Staates für die soziale Absicherung seiner Bürger im Prinzip anerkannt war, stellten sich eine Reihe eher technischer Fragen, die den administrativen Umgang mit Arbeitslosigkeit und den Arbeitslosen betrafen: Wie lässt sich zuverlässig feststellen, wie groß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die Zahl der Arbeitslosen ist? Wer genau soll unter welchen Voraussetzungen in den Genuss sozialstaatlicher Unterstützung kommen? An welche individuellen Voraussetzungen soll die Gewährleistung der Unterstützung gebunden werden? In welchem Verhältnis stehen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung? Welche Institutionen sollen die notwendigen Dienstleistungen erbringen? Wer legt die Ansprüche fest und wie hoch sollen sie sein? Es ist unschwer zu erkennen, dass uns diese Fragen noch heute beschäftigen.

Bénédicte Zimmermann kommentierte die damalige Debatte: „So wurde die Definition von Arbeitslosigkeit, die theoretisch klar zu sein schien, problematisch, wenn es darum ging, Kriterien für ihre statistische Identifizierung festzulegen.“⁴⁰ Strategisch formuliert: Wie kann man den Missbrauch von Sozialleistungen verhindern und die Verwendung öffentlicher Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen rechtfertigen? Diese Frage, welche die Auseinandersetzung um ein staatliches Unterstützungssystem für Arbeitslose bekanntermaßen maßgeblich bestimmt hat, beruhte auf der sozialisationstheoretisch fundierten Überzeugung, dass der Mensch über keinen natürlichen Arbeitstrieb verfüge, ja, dass – wie Freud in einer berühmten Fußnote schrieb – dem Menschen eine „natürliche Arbeitsscheu“ angeboren sei⁴¹. Traf diese Annahme zu – und diese Auffassung war weit verbreitet –, so bestand die Gefahr, dass die durch Arbeitslosigkeit erzwungene Untätigkeit Arbeitslose für die sich herausbildende Arbeitsgesellschaft unbrauchbar machte.

Wie tiefgreifend und lebhaft diesbezügliche Ängste und Befürchtungen waren, mögen zwei Äußerungen belegen, die in eine Zeit fallen, in der die staatliche Absicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit im Prinzip bereits akzeptiert, aber die konkrete

⁴⁰ Zimmerman, Arbeitslosigkeit, S. 51.

⁴¹ Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur, in: ders., Gesammelte Werke. Werke aus den Jahren 1925–1931, Bd. 14, Frankfurt a.M. 1968, S. 419–506, hier S. 438.

Ausgestaltung noch heftig umstritten war. Im Jahre 1894 erklärte ein Zentrumsabgeordneter auf einem katholischen Kongress:

„Dauert die Arbeitslosigkeit lange, dann gewöhnt sich der vor dem fleißige Arbeiter an den Müßiggang; zuerst wird er arbeits-scheu, dann verkommen und schließlich ein Verbrecher; und hat der Mann Kinder, so wird für sie das elterliche Haus, die Familie, die eine Schule sozialer Tugenden sein sollte, eine Schule der Sitten-losigkeit und des Verbrechenens.“⁴²

Und ein Jahr später betonte der liberale Sozialpolitiker Otto von Boenigk:

„Er [der Arbeitslose] wird leicht den Mut verlieren und sich jenem fünften Stand, dem der Arbeitsscheuen, anschließen. Die aus der strammen Arbeit entspringende Befriedigung wird der Gewohnheit an ein dolce far niente Platz machen, das den Unglück-lichen bald dem Branntwein, das heißt dem Verbrechen und seine Familie dem wirtschaftlichen Ruin entgegentreibt.“⁴³

Jedes staatliche Unterstützungsangebot finanzieller oder mate-rieller Art musste daher zwingend mit Maßnahmen zur Aufrecht-erhaltung von Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin kombiniert wer-den. Wie schwierig diese Diskussion war, zeigt sich auch daran, dass das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversiche-rung erst am 16. Juli 1927 verabschiedet werden konnte. Es wäre ein eigenes Thema, die heftige Kontroverse um die konkrete Aus-gestaltung der Arbeitslosenversicherung darzustellen⁴⁴. Letztend-lich hat sich die Skepsis der damaligen Kritiker historisch bestätigt: Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist eine Versicherung über-fordert und kann das für Versicherungen typische Prinzip des Risikoausgleichs nicht oder nur schwer durchhalten⁴⁵.

Die dritte thematische Linie ist weniger durch eine bestimmte Fragestellung gekennzeichnet als vielmehr durch die Methode: Man wollte den tatsächlichen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen auf *empirischem* Wege auf die Spur kommen. Dies machte den Kern der entstehenden sozialwissenschaftlichen Arbeitslosenforschung aus, die sich bis heute primär als Wirkungs-forschung versteht: Welche Konsequenzen sind mit Arbeitsplatz-verlust und Arbeitslosigkeit verbunden? Wie verändert sich dadurch

⁴² Zit. nach Zimmermann, Arbeitslosigkeit, S. 50.

⁴³ Zit. nach Niess, Geschichte der Arbeitslosigkeit, S. 58.

⁴⁴ Vgl. Karl Christian Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Ar-beitslosenversicherung 1902–1927, Berlin 1990.

⁴⁵ Vgl. Friedbert W. Rüb, Risiko: Versicherung als riskantes Geschäft, in: Ste-phan Lessenich (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe, Frankfurt a.M. 2003, S. 303–330.

die physische, moralische und psychosoziale Verfassung der Betroffenen und ihrer Familien? Die unmittelbaren Folgen lagen im 19. und frühen 20. Jahrhundert offen zutage: Angesichts unzureichender oder überforderter sozialer Sicherungssysteme drohten jedem, der längere Zeit ohne Erwerbsarbeit blieb und nicht über Rücklagen verfügte, Hunger und Obdachlosigkeit. Die mittelbaren gesundheitlichen Folgen von Arbeitslosigkeit – Unterernährung und erhöhte Krankheitsanfälligkeit – waren daher ein vorherrschendes Forschungsthema⁴⁶.

Die Moralisierung der Erwerbsarbeit ließ befürchten, dass die aus der eisernen Disziplin der industriellen Arbeit Entlassenen im strengen Wortsinn asozial wurden. Folgen der Arbeitslosigkeit wie Nichtsesshaftigkeit, Ehescheidungen, Eigentumsdelikte, Prostitution, Alkoholismus und Selbstmordgefährdung waren daher bevorzugte Themen der frühen Forschung. Die „Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Asozialität“ schienen „fließend“ zu sein⁴⁷.

Viele der frühen Beschreibungen und Analysen der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit lesen sich daher in weiten Teilen als Beiträge zur Devianzforschung – speziell im Falle arbeitsloser Jugendlicher⁴⁸. Arbeitslose bilden jedoch – wie auch die Armen – in der öffentlichen Wahrnehmung keine homogene Gruppe, so dass man mit Recht von der „Zwiespältigkeit der Figur des Arbeitslosen“⁴⁹ sprechen kann. Die soziale Konstruktion der Arbeitslosigkeit folgte weitgehend dem älteren Wahrnehmungsmuster der Armut. Seit dem Mittelalter wurden Arme mehr oder minder scharf in unwürdige und würdige geschieden: „Vor allem hat sich die Unterscheidung des nicht arbeitsfähigen (‚würdigen‘) vom arbeits-scheuen und deshalb ‚unwürdigen‘ Armen durchgesetzt, die zur Arbeit erzogen werden müssen.“⁵⁰

Aus sozialpsychologischer Sicht steht bei der Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit die Ursachenattribution, die Verantwortungszuschreibung im Zentrum. Es geht dabei um die Schuldfrage – ein

⁴⁶ Vgl. Klaus-Dieter Thomann, Die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, in: Ali Wacker (Hrsg.), Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, Frankfurt a.M. 1981, S. 194–240.

⁴⁷ Niess, Geschichte der Arbeitslosigkeit, S. 58.

⁴⁸ Vgl. z.B. Michael T. Wermel/Roswitha Urban, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung in Deutschland, Berlin 1949, S. 16.

⁴⁹ Zimmermann, Arbeitslosigkeit, S. 61.

⁵⁰ Otto Gerhard Oexle, Arbeit, Armut. „Stand“ im Mittelalter, in: Jürgen Kocka/Claus Offe (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt a.M. 2000, S. 67–79.

klassisches Mittel sozialer Differenzierung und Disziplinierung. Heute wie damals dreht sich ein großer Teil der öffentlichen Kontroverse um die Frage, ob Arbeitslose ihre Lage selbst verschuldet haben bzw. ob sie sich genug anstrengen, um wieder Arbeit zu finden. Der Verdacht, Arbeitslose seien arbeitsscheu, spielt damit unterschwellig auch heute noch eine bedeutsame Rolle. Sozialpsychologisch lässt sich die Hartnäckigkeit dieses Verdachts mit einem fundamentalen Attributionsfehler erklären⁵¹. Die sozialpsychologische Repräsentationsforschung belegt zwar die Dominanz struktureller, gesellschaftlicher Erklärungen des Arbeitsplatzverlustes. In der Erklärung von Arbeitslosigkeit ist der Verweis auf individuelle Fähigkeits- oder Motivationsdefizite aber noch virulent⁵². Nach eigenen Beobachtungen wird im Alltagsdiskurs scharf zwischen Entlassung und einer länger andauernden Arbeitslosigkeit unterschieden: Während der Verlust des Arbeitsplatzes vorrangig strukturell erklärt wird, werden meist Personenmerkmale herangezogen, um den Verbleib in Nichtbeschäftigung verständlich zu machen.

5. Was lehrt uns der Blick zurück in die Geschichte der Arbeitslosenforschung?

Die etwa Mitte des 19. Jahrhunderts beginnende Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit dem Thema Arbeitslosigkeit lässt sich nur schwer vom älteren Armutsdiskurs und der Armutsforschung unterscheiden. Zwar konnte Arbeitslosigkeit im 19. Jahrhundert angesichts der periodischen Wiederkehr von Beschäftigungskrisen nicht länger als rein individuelles Problem gedeutet werden. Dennoch schwankte die öffentliche Wahrnehmung zwischen der Anerkennung von Arbeitslosigkeit als struktureller Begleiterscheinung des industriellen Kapitalismus und der Angst vor beziehungsweise dem Misstrauen gegenüber den Betroffenen. Diese Janusköpfigkeit der sozialen Wahrnehmung spiegelt sich noch in der Konstruktion der sozialstaatlichen Sicherungssysteme mit ihrer Mischung aus Hilfe und Kontrolle wieder.

Arbeitslosigkeit hat sich bekanntlich historisch nicht als Motor der Revolution, sondern als Motor des Sozialstaats und des Auf-

⁵¹ Vgl. Lee Ross/Richard E. Nisbett, *The person and the situation. Perspectives of social psychology*, New York 1991.

⁵² Vgl. Miles Hewstone/Martha Augoustinos, *Soziale Attributionen und soziale Repräsentationen*, in: Flick (Hrsg.), *Psychologie des Sozialen*, S. 78–99, hier S. 94ff.

baus entsprechender sozialer Sicherungssysteme erwiesen⁵³. Angesichts der Unzulänglichkeit der überkommenen, auf Armut bezogenen Hilfsmaßnahmen griff die frühe Forschung neben der Armutsproblematik (Ernährung und Gesundheit) vor allem spektakuläre Devianzphänomene auf (Diebstahl, Selbstmord, Alkoholismus, Zerrüttung der Familien, Verwahrlosung, Nichtsesshaftigkeit, Elendsprostitution).

Von Beginn an bestand aber keine Alleinzuständigkeit einer Disziplin für die Bearbeitung des Themas. Eine Rekonstruktion der Geschichte der Arbeitslosenforschung muss daher eine multidisziplinäre Perspektive wählen. Dass sich Armuts- und Arbeitslosenforschung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auseinander entwickelt haben, ist eine historische Errungenschaft und Ausdruck der sozialstaatlichen Entkopplung von Armutslagen und Arbeitslosigkeit, die – wie die aktuelle Debatte um „Hartz IV“ zeigt – auch wieder brüchig werden kann. Alles in allem, so könnte man bilanzieren, erstaunt – allen Fortschritten in Theorie und Methode zum Trotz – die Kontinuität bestimmter grundlegender Forschungsfragen.

⁵³ Vgl. Karl Otto Hondrich/Johann Behrens, Sozio-psychologische Mechanismen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst 61 (1982), S. 65–69, und Fritz W. Scharpf, Massenarbeitslosigkeit und politischer Quietismus: Das Modell Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 62 (1982), S. 59–62.



Zeitgeschichte im Gespräch



Lieschen Müller wird politisch
Geschlecht, Staat und
Partizipation im 20. Jahrhundert
Herausgegeben von Christine
Hikel, Nicole Kramer und
Elisabeth Zellmer
2008 | 141 S. | Br. | € 16,80
ISBN 978-3-486-58732-6
Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 4

»Der schlanke Aufsatzband analysiert auf dem neuesten Stand der Forschung die längste und vielschichtigste Bürgerrechtsbewegung unserer Zeit. ... eine spannende Lektüre, die alle wahren Demokratinnen und Demokraten packen wird«.

Katharina Hundhammer, Landshuter Zeitung

»Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Sammelband auf hohem analytischem Niveau einen aufschlussreichen Einblick in die verschiedenen Phasen der politischen Emanzipation von Frauen vermittelt.«

Christina Herkommer, sehpunkte

oldenbourg.de

Bestellungen über den Buchhandel
oder direkt: verkauf@oldenbourg.de

Oldenbourg

Steffen Jaksztat

Der Beitrag der Sozialpsychologie zur Arbeitslosenforschung

1. Einleitung

In einer um Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft ist die Teilhabe am Erwerbsleben für viele Menschen ein wesentliches Element ihres Wohlbefindens. Beruflich tätig zu sein bedeutet nicht nur, ein bestimmtes Einkommen zu erzielen. Auch gesellschaftliches Ansehen, die Möglichkeit zu sozialen Kontakten und Selbstverwirklichung sind eng mit der Erwerbsarbeit verknüpft. In Arbeitsgesellschaften dient der Beruf als „wechselseitige Identifikations-schablone“¹: Wir müssen nur den Beruf eines Anderen kennen und schon glauben wir, ihn zu kennen.

Wie wichtig Arbeit für die meisten Menschen ist, wird vielleicht am deutlichsten, wenn sie fehlt. Nicht erst seit der klassischen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“² aus den 1930er Jahren ist die Erforschung der psychischen und sozialen Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ein wichtiges, wenngleich konjunkturabhängiges Thema der empirischen Sozialwissenschaften. Und auch wenn die Ausgangslage heute eine andere ist – vor allem, weil der Verlust des Arbeitsplatzes in der Regel nicht mehr unmittelbar mit materieller Verelendung verbunden ist –, so treten auch in modernen Wohlfahrtsstaaten negative psychosoziale Folgen von Arbeitslosigkeit auf.

Dieser Beitrag gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird es um die Frage gehen, ob und in welchem Ausmaß Arbeitslosigkeit eine potentielle Gefährdung des individuellen psychischen Wohlbefindens darstellt. Zu diesem Zweck möchte ich versuchen, einen kurzen Überblick über die Erkenntnisse der psychologischen Forschung hinsichtlich der gesundheitlichen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit zu geben. Im Anschluss an diese empirischen Befunde

¹ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M. 1986, hier S. 221.

² Vgl. Maric Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*, Frankfurt a.M. 1975; die Studie erschien erstmals 1933.

geht es um deren theoretische Interpretation. Es soll gezeigt werden, wie die (Sozial-)Psychologie zur *Erklärung* der psychischen und gesundheitlichen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit beitragen kann. Im Mittelpunkt werden dabei Marie Jahodas einflussreiche „Theorie der manifesten und latenten Funktionen von Erwerbsarbeit“ und darauf aufbauende Konzepte stehen.

2. Empirische Erkenntnisse zur psychischen Befindlichkeit Arbeitsloser

Die Zahl empirischer Studien zum Thema Arbeitslosigkeit ist mittlerweile nahezu unüberschaubar groß: Eine einfache Suche in der Datenbank „PSYINDEXplus“ für psychologische Literatur unter dem Schlagwort *unemployment* liefert 1377 Treffer³. An dieser Stelle kann und soll den vorhandenen Literaturberichten⁴ keine weitere Zusammenfassung der (sozial-)psychologischen Forschung an die Seite gestellt werden. Vielmehr geht es darum, die Ergebnisse ausgewählter Meta-Analysen vorzustellen⁵, die möglichst viele quantitative Einzelstudien auswerten und auf statistischem Weg zusammenfassen, um auf der Basis einer hohen Fallzahl zu einem verlässlichen Gesamtergebnis zu gelangen. Auf diese Weise können generalisierende Aussagen über die Wirkung von Arbeitslosigkeit gemacht werden.

Der bisher wohl umfassendste Versuch einer derartigen systematischen Integration von Forschungsbefunden wurde am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpsychologie der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführt⁶. Sowohl Querschnittstudien, die

³ Suchanfrage am 5.10.2008.

⁴ Vgl. z.B. David Dooley/Jonathan Fielding/Lennart Levi, Health and Unemployment, in: Annual Review of Public Health 17 (1996), S. 449–465.

⁵ Vgl. Gregory C. Murphy/James A. Athanasou, The effect of unemployment on mental health, in: Journal of Occupational and Organizational Psychology 72 (1999), S. 83–99; Frances M. McKee-Ryan u. a., Psychological and Physical Well-Being During Unemployment: A Meta-Analytic Study, in: Journal of Applied Psychology 90 (2005), S. 53–76; Karsten I. Paul/Alice Hassel/Klaus Moser, Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit. Befunde einer quantitativen Forschungsintegration, in: Alfons Hollenderer/Helmut Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit, Bern 2006, S. 35–51.

⁶ Vgl. Karsten I. Paul, The negative mental health effect of unemployment: Meta-analyses of cross-sectional and longitudinal data, Diss., Erlangen/Nürnberg 2005; Karsten I. Paul/Klaus Moser, Negatives psychisches Befinden als Wirkung und als Ursache von Arbeitslosigkeit: Ergebnisse einer Metaanalyse, in: Jeannette Zempel/Johann Bacher/Klaus Moser (Hrsg.), Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Interventionen, Opladen 2001, S. 83–110.

das psychische Wohlbefinden Arbeitsloser und Erwerbstätiger zu *einem* Zeitpunkt miteinander vergleichen, als auch methodisch anspruchsvollere Längsschnittstudien, in denen die psychischen Effekte der *Übergänge* von Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit oder umgekehrt thematisiert werden, fanden Eingang in diese Meta-Analysen – insgesamt weit mehr als 300 empirische Studien aus den letzten vier Jahrzehnten. Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Menschen, die ihre Stelle verloren haben, leiden unter vielfältigen psychischen Beeinträchtigungen und zeigen beispielsweise Symptome von Depression, Angst (etwa Ruhelosigkeit und Schlafschwierigkeiten), vermindertem Wohlbefinden und gestörtem Selbstwertgefühl. Arbeitslosigkeit hat demnach deutlich negative Folgen für die psychische Gesundheit der Betroffenen. Bei sämtlichen untersuchten Indikatoren zeigten sich Effektstärken mittlerer Größe. „Der Anteil derer, die psychisch deutlich beeinträchtigt sind und möglicherweise psychologische oder medikamentöse Behandlung benötigen, [ist] unter den Arbeitslosen mehr als doppelt so groß wie unter den Erwerbstätigen“, so das Fazit von Karsten I. Paul, Alice Hassel und Klaus Moser⁷.

Angesichts dieses Befunds kann es wenig überraschen, dass sich in einer Reihe von Studien Hinweise für einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und einem erhöhten Selbstmordrisiko finden lassen⁸. Eine norwegische Untersuchung, die über einen Zeitraum von fünf Jahren durchgeführt wurde, zeigte etwa, dass Selbstmordgedanken unter Arbeitslosen relativ weit verbreitet sind: Ungefähr jeder fünfte Befragte unter 50 Jahren gab an, unlängst solche gehabt zu haben. Darüber hinaus ließ sich feststellen, dass bei denjenigen die Gedanken an einen Freitod signifikant zurückgingen, die eine neue Arbeitsstelle finden konnten⁹.

Der Nachweis negativer Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die körperliche Gesundheit ist metaanalytisch bisher nur bedingt

⁷ Paul/Hassel/Moser, Arbeitslosigkeit, in: Hollederer/Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, S. 42.

⁸ Vgl. Ulf-G. Gerdtham/Magnus Johannesson, A note on the effect of unemployment on mortality, in: Journal of Health Economics 22 (2003), S. 505–518; Sven-Erik Johansson/Jan Sundquist, Unemployment is an important risk factor for suicide in contemporary Sweden: an 11-year follow-up study of a cross-sectional sample of 37.789 people, in: Public Health 111 (1997), S. 41–45; Stephen Platt, Unemployment and suicidal behaviour: A review of the literature, in: Social Science and Medicine 19 (1984), S. 93–115.

⁹ Vgl. Björgulf Claussen, Suicidal Ideation in the Long-Term Unemployed: A Five-year Longitudinal Study, in: Thomas Kieselbach u.a. (Hrsg.), Unemployment and Health. International and Interdisciplinary Perspectives, Bowen Hills 2006, S. 109–118.

gelingen. So ergab etwa eine auf Krankenkassendaten basierende Studie, dass das Risiko für Krankenhausaufenthalte deutlich sank, nachdem Menschen arbeitslos geworden waren, was sicherlich auf die Abnahme berufsbedingter Erkrankungen zurückzuführen ist. Es stellte sich aber auch heraus, dass das Risiko, wegen eines Herzinfarkts in ein Krankenhaus eingewiesen zu werden, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich anstieg¹⁰. In einer aktuellen medizinischen Studie gelang zudem der Nachweis, dass Arbeitslosigkeit offenbar mit einer Verschlechterung der Immunfunktion einhergeht¹¹. Diese Befunde verweisen darauf, dass sich durch Arbeitslosigkeit bedingte psychische Belastungen auch in körperlichen Symptomen manifestieren können.

Ob psychische Missbefindlichkeit tatsächlich kausal durch Arbeitslosigkeit verursacht wird oder ob dahinter nicht in erster Linie Selektionsmechanismen des Arbeitsmarkts im Sinne einer größeren Arbeitsmarktfitness psychisch unbelasteter Menschen gesehen werden müssen, wurde im Rahmen der psychologischen Arbeitslosenforschung immer wieder diskutiert¹². Vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl von Längsschnittuntersuchungen kann mittlerweile davon ausgegangen werden, dass beides gilt: Psychische Probleme sind sowohl *Wirkung* als auch *Ursache* von Arbeitslosigkeit. Ihre eigenen Erkenntnisse zusammenfassend beschreiben Paul und Moser diesen Teufelskreis folgendermaßen:

„Psychisch belastete werden leichter arbeitslos als unbelastete Menschen. Der Zustand der Arbeitslosigkeit verursacht dann weitere psychische Probleme, die schließlich die Suche nach einer neuen Stelle erschweren und dazu führen, daß die schädigende Situation der Arbeitslosigkeit länger andauert als bei beschwerdefreien Menschen.“¹³

Arbeitslosigkeit zieht jedoch nicht zwangsläufig ernsthafte psychische Belastungen nach sich. Vielmehr können Menschen ganz unterschiedlich auf die Erfahrung von Arbeitslosigkeit reagieren.

¹⁰ Vgl. Siegfried Geyer/Richard Peter, Hospital admissions after transitions into unemployment, in: Sozial- und Präventivmedizin 48 (2003), S. 105–114.

¹¹ Vgl. Frances Cohen u.a., Immune Function Declines with Unemployment and Recovers after Stressor Termination, in: Psychosomatic Medicine 69 (2007), S. 225–234.

¹² Vgl. z.B. David Fryer, Unsicherheit, Strukturwandel der Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit, in: Hans G. Zilian/Jörg Flecker (Hrsg.), Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit, München 2000, S. 240–256.

¹³ Paul/Moser, Arbeitslosigkeit, in: Zempel/Bacher/Moser (Hrsg.), Erwerbslosigkeit, S. 104.

Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen identifizierten beispielsweise in einer qualitativen Untersuchung eine Gruppe von Betroffenen, für die Arbeitslosigkeit offenbar eine überwiegend positive Erfahrung darstellte. Diese Menschen erlebten in erster Linie eine Entlastung von restriktiven Arbeitsbedingungen und schätzten insbesondere den Zugewinn an Autonomie und Zeitsouveränität. Arbeitslosigkeit bedeutete für sie eine „Chance auf Zeit“¹⁴, um persönliche Handlungsspielräume zu nutzen und zu erweitern. Diese sogenannten *good copers* werden in der psychologischen Arbeitslosenliteratur immer wieder erwähnt¹⁵. Entsprechende Hinweise finden sich übrigens bereits in Berichten, die in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verfasst wurden¹⁶.

Wie Arbeitslose ihre persönliche Situation erleben, kann unter anderem davon abhängen, welchen Stellenwert Erwerbstätigkeit in ihrem Leben hat, ob es ihnen gelingt, den Verlust ihrer Stelle im Alltag auf subjektiv sinnvolle Weise zu kompensieren, wie lange die Arbeitslosigkeit dauert, wie sie ihre Wiederbeschäftigungschancen wahrnehmen, wie groß ihr sozialer Rückhalt ist und welche finanziellen beziehungsweise materiellen Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen¹⁷. Diese *Moderatorvariablen* bestimmen in hohem Maße, ob sich ein Mensch gegen die negativen psychischen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen kann oder nicht¹⁸. Allen individuellen Unterschieden zum Trotz muss aber festgehalten werden: Der Vergleich arbeitsloser und erwerbstätiger Menschen zeigt immer wieder, dass der Verlust des Arbeitsplatzes und die ergebnislose Suche nach einer neuen Stelle im Allgemeinen mit signifikanten negativen psychischen Konsequenzen verbunden

¹⁴ Martin Kronauer/Berthold Vogel/Frank Gerlach, Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M./New York 1993, S. 90.

¹⁵ Vgl. David Fryer/Roy Payne, Proactive behavior in unemployment: findings and implications, in: *Leisure Studies* 3 (1984), S. 273–295.

¹⁶ Vgl. Hans Safrian, „Wir ham die Zeit der Orbeitslosigkeit schon richtig genossen auch“. Ein Versuch zur (Über-)Lebensweise von Arbeitslosen in Wien zur Zeit der Weltwirtschaftskrise um 1930, in: Gerhard Botz/Josef Weidenholzer (Hrsg.), Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung – eine Einführung in Arbeitsweisen und Themenbereiche der Geschichte „geschichtsloser“ Sozialgruppen, Wien 1984, S. 293–331.

¹⁷ Vgl. McKee-Ryan u.a., Unemployment.

¹⁸ Vgl. Alois Wacker, Arbeitslosigkeit aus sozialpsychologischer Perspektive, Referat auf der Tagung „Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit. Perspektiven für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen“ in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald vom 15.3.–17.3.2000 (<http://www.sozpsy.uni-hannover.de/DfA/arbeit.htm>).

sind. Einfache statistische Zusammenhänge spiegeln jedoch, und dies ist hier der entscheidende Punkt, Wahrscheinlichkeiten wider und nicht Notwendigkeiten.

3. Theoretische Erklärungen

Obwohl mittlerweile starke Belege für einen kausalen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und psychischem Missbefinden vorliegen, bleibt die schwierige Frage zu klären, wodurch die offenbar vielfältigen negativen Folgen eines Arbeitsplatzverlusts psychologisch erklärt werden können. Was macht die Arbeitslosigkeit für viele Menschen so belastend? Um eine Antwort darauf zu finden, wurde oftmals versucht, die Situation arbeitsloser Menschen im Licht allgemeiner sozialpsychologischer Theorien zu interpretieren. Breite Anwendung fanden auch allgemeine Stresstheorien¹⁹. Darüber hinaus wurden jedoch auch einige spezielle (sozial-)psychologische Arbeitslosigkeitstheorien entwickelt, von denen eine Auswahl im Folgenden kurz vorgestellt werden soll.

Der mit Sicherheit einflussreichste sozialpsychologische Erklärungsversuch für die psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit stammt von Marie Jahoda²⁰ – einer Co-Autorin der berühmten Marienthal-Studie. Jahoda argumentierte, dass Erwerbsarbeit aus psychologischer Sicht sowohl manifeste als auch latente Funktionen erfüllt. Erstere sind offensichtlich: In der Regel gehen Menschen arbeiten, um den Lebensunterhalt für sich oder ihre Familie zu verdienen. Darüber hinaus hat Erwerbsarbeit aber eine Reihe weiterer latenter Funktionen, die Jahoda auch als Erlebniskategorien bezeichnete, von denen fünf von besonderer Bedeutung sind: „1. time structure, 2. an enlarged social network, 3. participation in collective efforts, 4. definition of social identity, 5. and required regular activity“²¹. Diese Erlebniskategorien entsprechen Jahodas Theorie zufolge tief-sitzenden Bedürfnissen der meisten Mitglieder moderner Gesellschaften, was sie zu wichtigen Voraussetzungen für menschliches

¹⁹ Vgl. Richard S. Lazarus, Streß und Streßbewältigung – ein Paradigma, in: Sigrun-Heide Filipp (Hrsg.), Kritische Lebensereignisse, München 1995, S. 198-232; Janina C. Latack/Angelo J. Kinicki/Gregory E. Prussia, An integrative process model of coping with job loss, in: Academy of Management Review 20 (1995), S. 311-342.

²⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden Marie Jahoda, Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert, Weinheim 1983.

²¹ Marie Jahoda, Manifest and latent functions, in: Nigel Nicholson (Hrsg.), The Blackwell Encyclopedic Dictionary of Organizational Behaviour, Oxford 1997, S. 317f., hier S. 318.

Wohlbefinden macht. Die Tatsache, dass so viele arbeitslose Menschen psychisch leiden, erklärt sich demnach durch den umständehalber bedingten Mangel an Erfahrungen in diesen fünf Erlebniskategorien. Aus diesem Grund wird Jahodas Erklärungsansatz auch als *Deprivationsmodell* bezeichnet.

Aus psychologischer Sicht bestand für Jahoda das bedeutendste Problem in der durch die Arbeitslosigkeit bedingten „Zerstörung einer gewohnten Zeitstruktur“²². Auch wenn sich viele erwerbstätige Menschen über zu viel Arbeit und zu wenig Freizeit beklagen, fest steht: Die große Mehrheit der Erwerbstätigen ist es gewohnt, dass ihr Tages-, ja sogar ihr gesamter Lebenslauf wesentlich durch Erwerbsarbeit strukturiert wird. Den Wegfall dieser gewohnten, von außen gesetzten Struktur empfinden daher nur wenige Menschen tatsächlich als Befreiung. Die freie Zeit der Arbeitslosigkeit nannte Jahoda in der Marienthal-Studie „ein tragisches Geschenk“. Den meisten Menschen fällt es äußerst schwer, den Verlust dieser Zeitstruktur aus eigener Kraft zu kompensieren und subjektiv sinnvolle, selbstbestimmte Tätigkeiten an die Stelle der Erwerbsarbeit zu setzen.

Ebenfalls von großer Bedeutung für das psychische Wohlbefinden waren für Jahoda – nicht zuletzt am Arbeitsplatz geknüpfte – soziale Kontakte. Arbeitslose, denen diese Kontakte fehlen, leiden häufig unter der Empfindung, nutzlos zu sein. Das fundamentale Verlangen, sich einer Gruppe zugehörig zu fühlen, bleibt für viele Arbeitslose ungestillt; ihnen fehlt auch das Gefühl, gebraucht zu werden. Die Erwerbsarbeit befriedigt diese Bedürfnisse in der Regel gleichsam nebenbei durch kollektives, arbeitsteiliges Handeln. Da gesellschaftliche Position und Selbstverständnis der meisten erwachsenen Menschen wesentlich mit Erwerbsarbeit verknüpft sind, postulierte Jahoda ferner, dass die Missbefindlichkeit Arbeitsloser durch den Verlust ihres sozialen Status und die Bedrohung ihrer persönlichen Identität mit verursacht werde. Insgesamt sei der Aspekt materieller Deprivation in modernen Wohlfahrtsstaaten hinter die Bedeutung dieser Erlebniskategorien zurückgetreten. Zugleich konzidierte Jahoda, dass nicht alle Arbeitsplätze in gleichem Maße geeignet seien, um die von ihr theoretisch postulierten Bedürfnisse zu befriedigen und dass Menschen theoretisch auch außerhalb der Erwerbsarbeit Zugang zu den Erlebniskategorien finden könnten, etwa durch Hobbies oder ehrenamtliches Engagement.

²² Jahoda, Wieviel Arbeit braucht der Mensch, S. 45f.

Als direkte Kritik an Jahodas Deprivationsmodell formulierte David Fryer seine *Agency Restriction Theory*²³. Folgt man diesem Ansatz, dann besteht das größte psychologische Problem von Arbeitslosigkeit im eingeschränkten Handlungsspielraum der Betroffenen. Viele Arbeitslose müssen die äußerst frustrierende Erfahrung machen, dass ihre Möglichkeiten zu einer selbstbestimmten und planbaren Lebensführung abnehmen. Dies ist in Fryers Augen der entscheidende Grund für die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Psyche.

Zwei Aspekten kommt dabei besondere Bedeutung zu: den finanziellen Restriktionen und den unklaren Zukunftsperspektiven. Vor allem der erste Punkt – der schädigende Einfluss arbeitslosigkeitsbedingter Armutserfahrungen – wurde von Fryer in Abgrenzung zu Marie Jahoda hervorgehoben²⁴. Tatsächlich bietet die ökonomische Situation Arbeitsloser viele potentielle Quellen für Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühle: Die häufig massiven finanziellen Einschränkungen lassen Konsumbedürfnisse unbefriedigt und blockieren zudem die Erfüllung eigener Pläne; die Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen wird von vielen Betroffenen als stigmatisierend wahrgenommen; soziale Rollen wie die des Ernährers können nur noch schwer ausgefüllt werden. Für den arbeitslosen Menschen ist es in den meisten Fällen zudem vollkommen offen, ob und wann er wieder eine Beschäftigung finden und wie diese dann aussehen wird. Kurz: Die Zukunft ist weniger berechenbar und wirkt dadurch schnell bedrohlich.

Fryers Annahmen beschreiben im Wesentlichen das, was in der Sozialpsychologie gemeinhin als Kontrollwahrnehmung bezeichnet wird. Unter Kontrolle versteht man dabei die „Überzeugung bzw. das Bestreben einer Person, erwünschte Zustände herbeizuführen und aversive Zustände zu vermeiden oder zumindest reduzieren zu können“²⁵. Von Kontrolle spricht man nicht nur dann, wenn eine Person ihre Umwelt durch eigenes Handeln tatsächlich beeinflussen kann (primäre Kontrolle), sondern auch, wenn bestimmte Ereignisse

²³ Vgl. David Fryer, *Employment deprivation and personal agency during unemployment: A critical discussion of Jahoda's explanation of the psychological effects of unemployment*, in: *Social Behavior* 1 (1986), S. 3–23.

²⁴ Vgl. David Fryer, *Benefit agency? Labour market disadvantage, deprivation, and mental health*. C.S. Myers Lecture 1994, in: *The Psychologist* 8 (1995), S. 265–272.

²⁵ Zit. nach Dieter Frey/Eva Jonas, *Die Theorie der kognizierten Kontrolle*, in: ders./Martin Irle (Hrsg.), *Theorien der Sozialpsychologie*, Bd. III: *Motivations-, Selbst- und Informationsverarbeitungstheorien*, Stuttgart 2002, S. 13–50, hier S. 13; das Folgende nach diesem Beitrag.

im Sinne einer kognitiven Anpassungsstrategie erklärt und/oder vorhergesagt werden können (sekundäre Kontrolle).

Die Kerngedanken dieses Ansatzes lassen sich folgendermaßen skizzieren: Menschen haben ein Bedürfnis nach Kontrolle; sie sind also bestrebt, Zustände und Ereignisse, die sie selbst betreffen, zu beeinflussen, vorherzusagen und zu kontrollieren. Die Erfahrung, bedeutsame Ereignisse und Zustände weder primär noch sekundär kontrollieren zu können, führt zu einer Beeinträchtigung des Erlebens und Verhaltens. Negative und subjektiv unkontrollierbare Ereignisse werden in der Konsequenz vom Individuum als Bedrohung empfunden. Nimmt man hingegen bestimmte Möglichkeiten der Kontrolle wahr, so reduziert dies den durch aversive Zustände und Ereignisse hervorgerufenen Stress²⁶.

Fryers *Agency Restriction Theorie* ist in hohem Maße kompatibel mit diesen kontrolltheoretischen Annahmen, weil sie auf die eingeschränkten Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten Arbeitsloser verweist und eben diese Einschränkungen für die psychische Befindlichkeit Arbeitsloser verantwortlich macht. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Nicht-Erreichbarkeit oder die Blockierung persönlicher Ziele und Pläne aufgrund eingeschränkter finanzieller Mittel. Aber auch die deutlich erschwerten Chancen, die eigene Zukunft verlässlich zu planen und positiv zu gestalten, schränken die Handlungsoptionen Arbeitsloser ein. In allen relevanten Lebensbereichen sind diese in besonderem Maße gefährdet, die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren.

Eine dritte psychologische Erklärung der Folgen von Arbeitslosigkeit, die als Integration der beiden bisher vorgestellten Modelle angesehen werden kann, stammt von Peter Warr²⁷. Folgt man dessen Argumentation, lässt sich jede beliebige soziale Umgebung auf ihren Einfluss auf die psychische Befindlichkeit eines Menschen hin untersuchen. Neun Merkmale des „Lebensraums“ stellen dabei für ihn die entscheidenden Determinanten des seelischen Wohlbefindens dar: Möglichkeit zur Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen; Möglichkeit, eigene Fähigkeiten zu entwickeln und anzuwenden; externe Zielvorgaben, die aktivierend und motivierend wirken; Abwechslung und die Chance, neue Erfahrungen zu machen; Vorhersehbarkeit und Durchschaubarkeit von Ereignissen; Verfügbarkeit ausreichender finanzieller Ressourcen; körperliche Sicherheit; Möglichkeit zum interpersonalen Kontakt; eine

²⁶ Auch Jahoda, Wieviel Arbeit braucht der Mensch, S. 116, sieht Kontrolle als menschliches Grundbedürfnis an.

²⁷ Vgl. Peter Warr, *Work, unemployment and mental health*, Oxford 1987.

soziale Position, die Selbstachtung und Anerkennung durch andere begünstigt²⁸.

Warr verglich den Einfluss dieser Faktoren auf das psychische Wohlbefinden mit dem Einfluss von Vitaminen auf Körper und Gesundheit. Eine zu geringe Dosis beeinträchtigt die psychische Befindlichkeit, während eine höhere zunächst mit einer Verbesserung der Befindlichkeit einhergehe. Ein Zuviel habe jedoch, vergleichbar mit der Wirkung der Vitamine C und E, entweder keinen weiteren positiven Effekt zur Folge (Verfügbarkeit von Geld, körperliche Sicherheit, angesehene soziale Position) oder sei wie im Fall der Vitamine A und D sogar schädlich (Kontrollmöglichkeiten, Möglichkeit zum Einsatz der eigenen Fähigkeiten, von außen generierte Handlungsziele, Abwechslung/Vielfalt, Übersichtlichkeit der Umgebung, Möglichkeit zum interpersonalem Kontakt).

Warrs Theorie ist nicht auf das Phänomen Arbeitslosigkeit beschränkt, sondern erhebt den Anspruch, als „systematic conceptual framework“²⁹ allgemein anwendbar zu sein. So kann zum Beispiel auch die Umgebung eines erwerbstätigen Menschen mit Hilfe der vorgeschlagenen Kategorien charakterisiert und auf ihren schädigenden Einfluss auf das psychische Wohlbefinden hin untersucht werden. Verändert sich die Umgebung eines Menschen in den genannten Dimensionen, dann bleibt das der Theorie zufolge nicht ohne psychische Auswirkungen. So erlaubt dieses Modell beispielsweise im Fall eines Arbeitsplatzverlusts Prognosen darüber, ob Folgen für die psychische Gesundheit zu erwarten sind oder nicht. Gleichzeitig wird mit diesem Erklärungsansatz betont, dass Arbeit nicht als generell gut und Arbeitslosigkeit nicht als generell schlecht bezeichnet werden kann.

Dass bei vielen Arbeitslosen psychische Probleme zu beobachten sind, erklärte Warr damit, dass die Umgebung eines arbeitslosen Menschen typischerweise wenig Zugang zu „Vitaminen“ biete, die der psychischen Gesundheit förderlich sind. Viele der in seinem Modell aufgeführten Punkte weisen große Ähnlichkeit zu Jahodas Deprivationstheorie auf. Nicht weniger Überschneidungen finden sich jedoch auch zwischen Warrs Ansatz und Fryers *Agency Restriction Theory*. So betonten sowohl Warr als auch Fryer, dass die oftmals eingeschränkten Möglichkeiten, die persönliche Zukunft überschauen, planen und kontrollieren zu können, sowie die vielfälti-

²⁸ In Anlehnung an Thomas Kieselbach/Gerd Beelmann, Arbeitslosigkeit und Gesundheit: Stand der Forschung, in: Holleder/Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, S. 13–31.

²⁹ Warr, Work, S. V.

gen Folgen finanzieller Schwierigkeiten in hohem Maße dafür verantwortlich sind, wie belastend Arbeitslose ihr Leben empfinden.

4. Fazit

Dass Arbeitslosigkeit auch heute noch mit vielfältigen und ernstzunehmenden negativen psychischen Folgen ursächlich verbunden ist, kann mittlerweile als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis gelten. Weniger klar ist, unter welchen spezifischen Bedingungen und warum Arbeitslosigkeit zu psychischen Problemen führt. Die Identifizierung der entscheidenden Moderatorvariablen (Unter welchen Umständen treten negative Effekte auf?) und Mediatorvariablen (Wodurch werden die psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit kausal verursacht?) bleibt daher eine wichtige Aufgabe einer differentiellen psychologischen Arbeitslosenforschung – und zwar nicht zuletzt mit Blick auf die Frage, wie Arbeitslosen aus psychologischer Sicht am besten geholfen werden kann und bei welchen Personengruppen mit besonders schwerwiegenden psychischen Problemen zu rechnen ist.

Die neuere Forschung hat insbesondere die Bedeutung finanzieller Probleme wieder stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Auch wenn Arbeitslose in der Regel nicht mehr Hunger leiden, müssen relative Armutserfahrungen auch heute als eine wesentliche, wenn nicht sogar *die* wichtigste Quelle für Frustrationen angesehen werden: Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto stärker sind die Arbeitslosen gezwungen, ihre Lebensverhältnisse den enger werdenden finanziellen Spielräumen anzupassen, die eigenen materiellen Ansprüche oder Wünsche hintanzustellen und den gewohnten Lebensstandard auf unbestimmte Zeit zu revidieren³⁰. Arbeitslosenforschung ist daher immer auch Armutsforschung.

Die soziologische Arbeitsmarktforschung zeigt, dass die Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland seit den 1990er Jahren instabiler geworden sind³¹ und dass die Karriere – gedacht als kontinuierlicher sozialer und beruflicher Aufstieg – an Bedeutung verloren

³⁰ Vgl. z.B. Peter A. Creed/Sean Macintyre, The relative effects of deprivation of the latent and manifest benefits of employment on the well-being of unemployed people, in: Journal of Occupational Health Psychology 6 (2001), S. 324–441; Peter A. Creed/Juanita Muller/Michael A. Machin, The role of satisfaction with occupational status, neuroticism, financial strain and categories of experience in predicting mental health in the unemployed, in: Personality and Individual Differences 30 (2001), S. 435–447.

³¹ Vgl. Olaf Struck u.a., Instabile Beschäftigung. Neue Ergebnisse zu einer alten Kontroverse, in: KZfSS 59 (2007), S. 294–317.

hat³². Kurz gesagt: Erwerbsbiographien sind brüchiger geworden. Es ist daher anzunehmen, dass in Zukunft für einen Großteil der Erwerbspersonen Arbeitslosigkeit, aber auch Arbeitsplatzunsicherheit, Unterbeschäftigung und befristete Beschäftigung ein wesentlicher Bestandteil ihrer beruflichen Laufbahn sein werden. Dies stellt die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Menschen auf eine harte Probe und fordert die psychologische Arbeitslosenforschung heraus, ihre Perspektive zu erweitern und sich verstärkt mit unsicheren oder prekären Beschäftigungsformen zu befassen.

³² Vgl. Martin Diewald/Stephanie Sill, Mehr Risiken, mehr Chancen? Trends in der Arbeitsmarktmobilität seit Mitte der 1980er Jahre, in: Olaf Struck/Christoph Köhler (Hrsg.), Beschäftigungsstabilität im Wandel?, München/Mering 2004, S. 39–61.

Petra Schütt, Sabine Pfeiffer, Anne Hacket, Tobias Ritter

Soziologische Beiträge zur Arbeitslosen- forschung

1. Arbeitslosigkeit – ein gesellschaftliches Dauer- phänomen im Wandel

Seit über 30 Jahren begleiten Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit das Leben in der Bundesrepublik Deutschland, wobei die Sockelarbeitslosigkeit mit jedem Konjunkturabschwung auf ein höheres Niveau stieg. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen im Oktober 2008 erstmals seit 16 Jahren wieder unter die Drei-Millionen-Grenze gesunken sind, kann man aufgrund der weltweiten Finanzkrise mit all ihren Folgen davon ausgehen, dass diese günstige Entwicklung nicht von Dauer sein wird. Wie Karl Marx' Aussagen zur Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft wieder in aller Munde sind, so ungebrochen aktuell erscheinen seine Ausführungen zur unvermeidlichen Produktion von Arbeitslosigkeit. Marx differenzierte nicht nur zwischen verschiedenen Formen der Arbeitslosigkeit (die wir heute als latente, strukturelle Arbeitslosigkeit oder als prekäre Arbeit bezeichnen)¹, sondern er zeigte auch, dass die „steigende Produktivkraft der Arbeit [...] mit Notwendigkeit eine permanente scheinbare Arbeiterüberbevölkerung“ erzeugt².

Unabhängig von konjunkturellen Schwankungen wird uns Arbeitslosigkeit also weiter begleiten. Der gesellschaftliche Umgang damit aber unterliegt, was Wahrnehmung, Deutung, Bekämpfung und Verarbeitung des Phänomens betrifft, dem Wandel. Der folgende Beitrag skizziert die wesentlichen Entwicklungen der *soziologischen* Arbeitslosen- beziehungsweise Arbeitslosigkeitsforschung in groben Zügen. Zunächst wird der Ausgangspunkt markiert: das Aufkommen von Erwerbs- oder Lohnarbeit als zentrales Moment der Vergesellschaftung, die Arbeitslosigkeit entstehen ließ und damit eine soziologische Auseinandersetzung mit dem Thema erst ermöglichte. Im Anschluss daran zeichnen wir die verschiedenen soziologischen Forschungsperspektiven im historischen Verlauf

¹ Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. I, in: Marx – Engels, Werke (MEW), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 23, Berlin 1972, S. 670–677.

² Marx, Kapital, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, S. 233.

nach und geben einen Überblick über aktuelle Fragestellungen und Forschungsrichtungen der Arbeitslosenforschung in Deutschland. Abschließend gehen wir speziell auf das Konzept des Arbeitsvermögens und seine Einbettung in die aktuelle qualitative Arbeitslosenforschung ein.

2. Erwerbsarbeit als Vergesellschaftungsmodus

Die Entwicklung der soziologischen Arbeitslosenforschung ist eng verknüpft mit der Herausbildung von Erwerbs- und Lohnarbeit als der dominanten Form sozialer Sicherung. Dabei bezieht sich Arbeitslosigkeit immer auf zweierlei: auf Erwerbsarbeit und auf staatliche Regulierung. Arbeitslosigkeit bedeutet zum einen, dass man nicht in der Lage ist, die eigene Reproduktion durch Erwerbsarbeit zu gewährleisten, und sie bezieht sich zum anderen auf den Staat (genauer: den Sozialstaat), der die Normen für die Unterstützung und die Regulierung von Armut setzt. Im Zuge der gesellschaftlichen Neubewertung von Arbeit, oder besser: von Lohnarbeit, kriminalisierte und stigmatisierte man zunächst land- und arbeitslose Arme; Erwerbslosigkeit wurde gleichgesetzt mit Vagabundieren und bedeutete den Ausschluss aus den familiären wie herrschaftlichen Schutzsystemen³. Zeugnisse dieses Wandels sind etwa die in ganz Europa entstehenden Zucht- und Arbeitshäuser, in denen anfangs noch undifferenziert Problemgruppen wie Arme, Kranke, Waisen, verlassene Mütter, Geistesgestörte, Kriminelle, Witwen oder „Arbeitsscheue“ zusammengefasst wurden⁴. Es handelte sich um Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht ausreichend versorgen konnten, und dieses „Versagen“ wurde durch strikten Arbeitszwang sanktioniert.

Der Vorwurf des Versagens implizierte das positive „Spiegelbild bürgerlichen Erwerbssinns, Geschäftigkeit und Selbständigkeitsstrebens, den Normen und Leitbildern des neuen Zeitalters“. Die Entstehung fortschrittlicher Produktionsweisen, die Ausweitung von Lohnarbeit, räumliche Mobilitätsanforderungen und andere Arbeitsformen bedurften eines neuen Arbeitskräftetypus, der nur über seine Arbeitskraft als Reproduktionsquelle verfügte, spezifische

³ Vgl. Markus Promberger, Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit, Teil 1: Vom Mittelalter bis zur Industrialisierung, in: *Arbeit und Beruf* 56 (2005), S. 1f.

⁴ Vgl. Christian Marzahn, Das Zucht- und Arbeitshaus. Die Kerninstitution frühbürgerlicher Sozialpolitik, in: ders./Hans-Günther Ritz (Hrsg.), *Zähmen und Bewahren. Die Anfänge bürgerlicher Sozialpolitik*, Bielefeld 1984, S. 7–68; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 30.

Kenntnisse und Fähigkeiten hatte und sich die für die neuen Produktionsformen entscheidenden normativen und sozialen Orientierungen (Pünktlichkeit, Fleiß, Leistungs- und Gewinnstreben, Arbeitsdisziplin) zu Eigen machte⁵. Zucht- und Arbeitshäuser bildeten einen wesentlichen Teil der frühen Sozialpolitik, „verstanden als systematisches, auf bestimmte Ziele abgestelltes und eine abgrenzbare Menschengruppe gerichtetes Handeln säkularer Mächte“⁶. Diese Häuser vereinten drei Funktionen, die im Laufe der Zeit ausdifferenziert wurden:

„Auf der *ökonomischen* Ebene bedeutet das Zucht- und Arbeitshaus eine Entlastung der Armenkassen und damit eine allgemeine Zentralisierung, Rationalisierung und Ökonomisierung des Armenwesens. Darüber hinaus war es ein Beitrag zur Arbeiterbeschaffung und insbesondere zur Entwicklung neuer Produktionszweige und zentralisierter, kontrollierter Reproduktionsformen. Auf der *ordnungspolitischen* Ebene war das Zucht- und Arbeitshaus ein Instrument zur Sozialdisziplinierung, dessen sich das aufsteigende Bürgertum [...] immer mehr bemächtigte [...]. Auf der *ideologischen* Ebene erzwang, demonstrierte und verbreitete das Zucht- und Arbeitshaus pädagogisierend jene neuen Orientierungen und Normen, deren Verinnerlichung den freien Lohnarbeiter erst funktionstüchtig und verwertbar macht.“⁷

Die frühbürgerliche Sozialpolitik gilt auch als „Geburtshelfer der bürgerlichen Gesellschaft, indem sie mithalf, die Sozialstruktur so zu formen, dass ein immer größerer Bevölkerungsanteil als Lohnarbeiter verfügbar wurde“⁸.

3. Zur historischen Entwicklung der soziologischen Arbeitslosigkeitsforschung in Deutschland

Frühe Veröffentlichungen zur Arbeitslosigkeit wurden zumeist aus einem ordnungs- und sozialpolitischen Blickwinkel verfasst. Es ging dabei nicht nur um Fragen der Verelendung, sondern auch um die Aufrechterhaltung der Vergesellschaftung durch Lohn-

⁵ Vgl. Thomas Fischer, Die Anfänge frühbürgerlicher Sozialpolitik, in: Marzahn/Ritz (Hrsg.), Zähmen und Bewahren, S. 69–89.

⁶ Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 3., erweiterte Aufl. 2006, S. 38.

⁷ Marzahn, Zucht- und Arbeitshaus, in: ders./Ritz (Hrsg.), Zähmen und Bewahren, S. 67.

⁸ Hans-Günther Ritz/Volker Stamm, Funktionen staatlicher Sozialpolitik im Übergang zum Frühkapitalismus, in: Marzahn/Ritz (Hrsg.), Zähmen und Bewahren S. 91–136, hier S. 93.

arbeit⁹. Ein erster Perspektivenwechsel erfolgte, als Arbeitslosigkeit zunehmend bei Lohnarbeitswilligen auftrat; nunmehr wurden nicht mehr nur im Subjekt liegende, sondern auch externe Faktoren als Mitverursacher von Arbeitslosigkeit benannt und analysiert.

Die Wirtschaftskrisen des ausgehenden 19. Jahrhunderts waren von einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen begleitet. So wurde das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mehr nur als ein Problem der Lohnarbeiter wahrgenommen, sondern erhielt einen wachsenden Stellenwert in der bürgerlichen Gesellschaft¹⁰. Damit setzte sich auch eine Aufteilung der Fürsorgebedürftigen in Arbeitslose und Arme durch. Gerade diese Differenzierung ermöglichte es, subjekt-unabhängige Ursachen von Arbeitslosigkeit ins Auge zu fassen. Allerdings gab es erst in der Weimarer Republik nennenswerte wissenschaftliche Beiträge zu diesem Thema, vor allem zur Arbeitslosenversicherung und zur so genannten wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge. Mit der Weltwirtschaftskrise stieg die Zahl der einschlägigen Veröffentlichungen rapide an¹¹. Die Erhebungen drehten sich im Wesentlichen um vier thematische Schwerpunkte: materielle Einschränkungen, Auswirkungen auf soziale Beziehungen, Auswirkungen auf den Einzelnen, Veränderung der politischen Einstellungen. Viele dieser Untersuchungen haben gezeigt, dass Arbeitslosigkeit zu erheblichen Belastungen und Veränderungen der Lebenssituation der Betroffenen führte¹².

Mit zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit rückten auch die Folgen des Verlustes von Vergesellschaftung durch Arbeit ins Blickfeld. Das wohl berühmteste Buch aus dieser Zeit ist die Marienthal-Studie, welche die Konsequenzen lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit in einem österreichischen Industriedorf möglichst vollständig zu erfassen suchte¹³. Stärker flächendeckend-repräsentativ war

⁹ Vgl. Wolfgang Bonß/Rolf G. Heinze, Arbeit, Lohnarbeit, ohne Arbeit. Zur Soziologie der Arbeitslosigkeit, in: dies. (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M. 1984, S. 7–49, hier S. 12.

¹⁰ Vgl. Markus Promberger, Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit, Teil 2: Von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: Arbeit und Beruf 56 (2005) H. 2, S. 33f., sowie Frank Niess, Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe: Ein Kapitel deutscher Sozialgeschichte, Köln 1979, S. 26–32 und S. 77–87.

¹¹ Vgl. Gerhard A. Ritter, Der deutsche Sozialstaat. Anfänge, historische Weichenstellungen und Entwicklungstendenzen, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Grundlagen des Sozialstaats, Köln 1998, S. 11–44, hier S. 11–30.

¹² Vgl. Bonß/Heinze, Arbeit, Lohnarbeit, ohne Arbeit, in: dies. (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, S. 15f.

¹³ Vgl. Maria Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Leipzig 1933.

eine Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung angelegt, die sich seit 1929 auch mit den politischen Orientierungen von Arbeitslosen beschäftigte¹⁴. Max Horkheimer fragte insbesondere „nach dem Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, der psychischen Entwicklung der Individuen und den Veränderungen im kulturellen Bereich“¹⁵. Die Bedeutung von Arbeitslosigkeit für die politische Identitätsfindung sowie für die familiäre Autoritätsbildung wurde hier aus marxistischer und psychoanalytischer Perspektive untersucht. Diese Studie hatte in mehrfacher Hinsicht einen Sonderstatus: Sie war interdisziplinär konzipiert und kombinierte qualitative mit quantitativen Methoden. Festzuhalten bleibt, dass die Ergebnisse bereits auf eine Tendenz zur „Abgrenzung nach unten“ hinwiesen, da die wachsende Gruppe von Arbeitslosen eine Bedrohung für das schlecht abgesicherte Proletariat darstellte.

In der NS-Zeit kam die Arbeitslosenforschung in Deutschland zum Erliegen. Die Arbeitslosigkeit wurde schon bald kaum mehr öffentlich thematisiert. Die Arbeitslosenquoten verschwanden aus den statistischen Jahrbüchern, und die absoluten Zahlen wurden geschönt¹⁶. In anderen Ländern entwickelte sich dieser Zweig der Sozialwissenschaften dagegen weiter, wobei sich zwei bis heute voneinander abgrenzbare Untersuchungslinien feststellen lassen: „die dominant psychologisch/sozialpsychologisch orientierte Arbeitslosenforschung“ und die „eher ökonomisch/sozialpolitisch akzentuierte Arbeitslosigkeitsforschung“. Während sich erstere „auf die psychischen und sozialen *Auswirkungen* der Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen konzentriert und individuelle Verarbeitungsstrategien untersucht“, fragt letztere „nach den ökonomischen und sozialen *Ursachen* und analysiert Möglichkeiten ihrer Bekämpfung auf der Ebene des politischen und ökonomischen Systems“¹⁷.

Nachdem die schlimmsten Folgen des Zweiten Weltkriegs überwunden waren, ging die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wie in allen westlichen Industriestaaten stark zurück. Eine Phase noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Aufschwungs brach an,

¹⁴ Vgl. Erich Fromm u.a. (Hrsg.), *Autorität und Familie*, vollständige Ausgabe in 2 Bänden, Paris 1936.

¹⁵ Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München/Wien 1987, S. 51f.

¹⁶ Vgl. Promberger, *Kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit*, Teil 2, S. 34, und Otto Uhlig, *Arbeit amtlich angeboten. Der Mensch auf seinem Markt*, Stuttgart u.a. 1970, S. 267–274.

¹⁷ Bonß/Heinze, *Arbeit, Lohnarbeit, ohne Arbeit*, in: dies. (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*, S. 13f.; Hervorhebungen im Original.

und es verwundert nicht, dass Arbeitslosigkeitsforschung in dieser Phase kaum existierte¹⁸. Noch 1970 beschränkte sich Armut für Heinz Strang auf Restbestände von Nichtintegrierbaren: „Je mehr die ‚positionelle und existenzielle Armut‘, jene dominante Armut der vergangenen Jahrhunderte, zurückgeht, desto mehr tritt die ‚potentielle Anomie in jeder Form des Sozialverhaltens‘ in den Blickpunkt.“¹⁹ Die Sozialpolitik zielte bis Ende der 1970er Jahre stark auf den Stuserhalt auch bei Arbeitslosigkeit, die in erster Linie friktionaler oder saisonaler Natur war und – auch motiviert durch die Systemkonkurrenz zur DDR – durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik gemildert wurde²⁰. Obwohl die Arbeitslosenquote 1975 auf 4,7 Prozent stieg, nahmen Politik und soziologische Forschung die Veränderungen am Arbeitsmarkt zunächst kaum als strukturelles Problem wahr. Man hielt vielmehr am „Traum immerwährender Prosperität“ fest und glaubte, prinzipiell jeden oder jede wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können²¹.

Mit den Rezessionen 1974/75, 1981/82 und 1992/93 stiegen die Arbeitslosenzahlen. Die in den Krisenjahren abgebauten Arbeitsplätze konnten in den Erholungsphasen nicht wieder geschaffen werden; aus der konjunkturellen wurde eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Aufgrund dieser Entwicklung kam es in den 1980er Jahren zu einer differenzierteren Betrachtung der Arbeitslosen nach Gruppen – Jugendliche, Frauen, gering Qualifizierte oder Ältere – und zu einem Aufschwung der sozialpsychologisch orientierten Arbeitslosenforschung²². Allerdings: die alte Dichotomie von Arbeit/Nicht-Arbeit

¹⁸ Vgl. Erik Boettcher (Hrsg.), Sozialpolitik und Sozialreform. Ein einführendes Lehr- und Handbuch der Sozialpolitik, Tübingen 1957. Anton Burgardt (Lehrbuch der Allgemeinen Sozialpolitik. Bedingungen, Geschichte, Vollzug, Effekte, Berlin 1966, S.387) verwies darauf, dass zu dieser Zeit Langzeitarbeitslose in den USA nicht mehr in der Statistik geführt wurden.

¹⁹ Heinz Strang, Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Beitrag zur Geschichte, Theorie und empirischen Analyse der Armut, Stuttgart 1970, S.38f.; Hervorhebungen im Original.

²⁰ Am 1.7.1969 löste das Arbeitsförderungsgesetz das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 ab und ergänzte den Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit um die Förderung der beruflichen Bildung. Vgl. Josef Stügl, Vom Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG), in: Reinhart Bartholomäi u.a. (Hrsg.) Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag, Bonn 1977, S.349–359, hier S.357ff.

²¹ Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York, 1989.

²² Vgl. die Literaturverweise der Dokumentationsstelle für Arbeitslosenfor-

war nach wie vor wirksam, Arbeitslosigkeit wurde unter dem Aspekt der Ausgrenzung thematisiert, und die Norm der Vollbeschäftigung sowie das Ziel der Re-Integration der Arbeitslosen in das Erwerbsystem standen (noch) nicht zur Disposition. Neue Perspektiven und Ergebnisse, die aus der Armutsforschung kamen, veränderten jedoch auch die Arbeitslosenforschung.

Die Armutsforschung war bis in die 1980er Jahre überwiegend durch große, zeitpunktbezogene Querschnittsdatenerhebungen gekennzeichnet. Armut wurde meist als dauerhafter, sich zunehmend verschlimmernder Zustand wahrgenommen. Einen regelrechten Schub erhielt die deutsche Armutsforschung durch das Projekt „Sozialhilfekarrieren“, in dem die Bezugsdauer von Sozialhilfe im Lebensverlauf eine wichtige Rolle spielte²³. Die Ergebnisse zeigten, dass bei der Armutsbevölkerung hohe Einkommensmobilität und Fluktuation vorherrschten. Die armen Bevölkerungsschichten waren also keineswegs eine homogene Gruppe, sondern vergleichsweise mobil. Es gab Aufstiegskarrieren sowie aktives Handeln im Hilfebezug, und das vorherrschende Zeitmuster war durch Phasen kurzfristiger Arbeitslosigkeit gekennzeichnet²⁴. Der soziale Wandel und zunehmende Individualisierungsprozesse hatten zur Folge, dass nicht mehr nur die Ränder der Gesellschaft von Armut betroffen waren, sondern zunehmend auch die Mittelschichten. Die Ergebnisse der im Rahmen des SFB 186 erarbeiteten Studien erweiterten den Personenkreis, mit dem sich Armutsforschung befasste, und schärften den Blick für Übergangsstationen oder Verlaufskarrieren. Sie zeigten, dass nicht nur ein stabiles unteres Segment, sondern ein deutlich größerer Teil der Bevölkerung nicht dauerhaft am gesellschaftlichen Wohlstand partizipieren konnte und zumindest zeitweise vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurde. Man sprach von „neuer Armut“ in einer Zwei-Drittel- oder Drei-Viertel-Gesellschaft²⁵.

schung für den Zeitraum 1975–1989, unter www.sozpsy.uni-hannover.de/DfA/index.html.

²³ Vgl. Stephan Leibfried u.a., *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*, Frankfurt a.M. 1995, S. 15f. Das von der DFG im Rahmen des SFB 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ in Bremen durchgeführte Projekt hatte eine Laufzeit von 1988 bis 2001.

²⁴ Vgl. Jutta Allmendinger/Thomas Hinz, *Bildung*, in: Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München 1999, S. 15–25.

²⁵ Vgl. Richard Hauser/Udo Neumann, *Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Köln 1992, S. 237–271, hier 241f.

Die Erkenntnisse aus dieser dynamischen Betrachtung von Armut hatten Auswirkungen auf die Arbeitslosen- und Arbeitslosigkeitsforschung, aber auch auf die Arbeitsforschung insgesamt. Martin Kronauer, Berthold Vogel und Frank Gerlach verwiesen Anfang der 1990er Jahre auf die Irritationen, die von den Ergebnissen der Arbeitslosenforschung auf den Begriff der Arbeitsgesellschaft ausstrahlten: „Je mehr wir über einzelne Aspekte der Arbeitslosigkeit und spezifische Gruppen von Arbeitslosen erfuhren, desto schwieriger wurde es, noch Gemeinsamkeiten in den Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit zu erkennen, oder mit anderen Worten, desto mehr entzog sich die ‚Arbeitsgesellschaft‘, die diesen Erfahrungen ihren Stempel aufdrückt, dem Blick.“²⁶ Gesellschaftstheoretisch orientierte Arbeitslosenforschung setzte sich zunehmend auch mit dem Grundverständnis von Arbeit auseinander. Es galt, Arbeit als Kategorie neu zu reflektieren, da die klassischen Konzepte von Lohnarbeit, Arbeiterklasse, Arbeitsteilung, Beruflichkeit et cetera an analytischer Schärfe verloren hatten²⁷. Gleichzeitig kam insbesondere durch die feministische Forschung und deren Forderung nach einer Neubewertung von Reproduktionsarbeit Kritik am Arbeitsbegriff selbst auf²⁸. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Arbeitsbegriff und dessen Verknüpfung mit Erwerbs- oder Lohnarbeit berührte auch das bisherige (Selbst-)Verständnis der Arbeitsgesellschaft, so dass Erwerbsarbeit als zentraler Vergesellschaftungsmodus teilweise zum Auslaufmodell erklärt wurde. Angesichts des *jobless growth* in den westlichen Industriestaaten machte gar das Schlagwort vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ die Runde. Andererseits gab es auch Beiträge, in denen die Zukunft der Erwerbsarbeit unter veränderten Bedingungen thematisiert wurde²⁹.

²⁶ Martin Kronauer/Berthold Vogel/Frank Gerlach, Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M./New York 1993, S. 14.

²⁷ Vgl. Leo Montada (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a.M./New York 1994, und Hansjürgen Daheim/Helmut Heid/Karl Krahn (Hrsg.), Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M./New York 1992.

²⁸ Vgl. Regina Becker-Schmidt/Gudrun Axeli-Knapp/Beate Schmidt, Eines ist zu wenig – beides ist zu viel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik, Bonn 1983.

²⁹ Die Diskussionen zur Erweiterung oder Erneuerung des Arbeitsbegriffs gehen weiter; vgl. Wieland Jäger/Sabine Pfeiffer, „Die Arbeit ist das lebendig gestaltende Feuer ...“. Der Marxsche Arbeitsbegriff und Lars Clausens Entwurf einer modernen Arbeitssoziologie, in: Arbeit 5 (1996), S. 233–246.

Durch die Diskussionen um den Begriff der Arbeit, dessen Neubewertung und die Kritik an der Einengung auf lohnabhängige Erwerbsarbeit verlor die Arbeitslosigkeit – als negativ von der Erwerbsarbeit abgeleiteter Begriff – ebenfalls an Kontur. Bürger-schaftliches Engagement, Eigenarbeit, Reproduktionsarbeit oder überhaupt „Tätigkeiten“ neben der Erwerbsarbeit wurden in die Debatte zur Konturierung einer neuen Arbeitsgesellschaft eingebracht; die Dichotomie zwischen Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit stand zur Disposition. Dementsprechend versuchte die Forschung, diesen Dualismus zu überwinden und einen integrativen Blick auf unterschiedliche Tätigkeiten, Fähigkeiten und Aneignungssphären in Erwerbs- und Lebenswelt zu gewinnen.

Ein weiterer Perspektivenwechsel der Arbeitslosenforschung ist inspiriert von neuen Konzepten aus der Arbeitsforschung, die Veränderungen von Arbeit und Arbeitswelt aufgreifen: der auf Verwirklichungschancen abzielende Capability-Ansatz von Amartya Sen³⁰, der Exklusionsansatz zur sozialen Ausgrenzung³¹, das Drei-Zonen-Modell von Robert Castel (Zone der Integration, Zone der Unsicherheit/Prekarität, Zone der Entkoppelung)³², die Konzepte der Prekarisierung, etwa von Pierre Bourdieu,³³ das Forschungsprogramm der Entgrenzung von Arbeit und Leben³⁴.

„Diese Konzepte sprengen einen engen, an der kapitalistisch verfassten (männlichen) (Normal-)Erwerbsarbeit orientierten Arbeitsbegriff und erweitern diesen u. a. tendenziell um qualitative, gebrauchswertseitige Aspekte bzw. insistieren auf einer diffuser werdenden Grenze der Sphäre der Erwerbsarbeit.“³⁵

Arbeitslosenforschung wird also vor dem Hintergrund einer Entwicklung, die Begriffe wie Normalbiographie oder Normalarbeitsverhältnis nicht mehr adäquat erscheinen lässt, gleichsam in die Zange genommen. Die aktuellen Konzepte der Arbeitslosigkeits-

³⁰ Vgl. Amartya Sen, *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien 2000, und Christian Arndt u. a., *Das Konzept der Verwirklichungschancen. Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung*, Tübingen 2006.

³¹ Vgl. Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 2002.

³² Vgl. Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.

³³ Vgl. Pierre Bourdieu, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998, S. 96–102.

³⁴ Vgl. Nick Kratzer, *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*, Berlin 2003.

³⁵ Sabine Pfeiffer, *Arbeitsvermögen. Ein Schlüssel zur Analyse (reflexiver) Informatisierung*, Wiesbaden 2004, S. 139f.

Arbeitslosen- und Arbeitsmarktforschung verweisen auf die Notwendigkeit einer neuen Sensibilität für die Übergänge, Randbereiche und Interdependenzen von Arbeit und Nicht-Arbeit. Diese Übergänge sind oft fließend, die Menschen an den Rändern sind teilweise sowohl „drinnen“ als auch „draußen“. Die Unsicherheit an der Peripherie der Arbeitswelt wirkt in diese hinein und verstärkt auch dort Unsicherheit³⁶. Lebensverläufe werden zunehmend geprägt von der Bewältigung und Ausgestaltung von Übergängen (beispielsweise Schule/Ausbildung, Ausbildung/Arbeitsmarkt, regionale, horizontale und soziale Mobilität, zweiter/erster Arbeitsmarkt), die Wirkung in die Zukunft entfalten und sich entscheidend auf das Gelingen oder Misslingen weiterer Übergänge auswirken³⁷. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt stellen und stellen im Verein mit dem weltweiten Wettbewerbsdruck nicht nur die soziologische Forschung, sondern auch den Sozialstaat vor neue Herausforderungen.

„Vor diesem Hintergrund steigen die Anforderungen an die Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Es wird zunehmend schwieriger diese in einer Weise auszubalancieren, um zugleich Flexibilität und Effizienz als auch Autonomie, Wohlfahrt und Sicherheit für möglichst viele Menschen zu steigern.“³⁸

4. Politikwechsel: Die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Die Einführung der „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ zwischen 2003 bis 2005 war eine Reaktion auf diese Herausforderungen. Die sogenannten Hartz-Reformen verfestigten das neue arbeitsmarktpolitische Leitbild des fördernden und

³⁶ Vgl. Berthold Vogel/Natalie Grimm, Prekarität der Arbeitswelt. Grenzgänger am Arbeitsmarkt, in: *Forschung & Lehre* 10/2008, S. 676f.

³⁷ Vgl. Walter R. Heinz (Hrsg.), *Übergänge. Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*, Weinheim 2000; Hans G. Mendijs/Petra Schütt, *Zwischenbetriebliche Mobilitätsfähigkeit und Beschäftigungssicherheit. Funktionen berufsfachlicher Qualifikation im Wandel*, in: Sabine Gensior/Lothar Lappe/Hans-Gerhard Mendijs (Hrsg.), *Im Dickicht der Reformen. Folgen und Nebenwirkungen für Arbeitsmarkt, Arbeitsverhältnis und Beruf*, Cottbus 2008, S. 197–246, und Anne Hacket, *Einkommensfolgen von Betriebsmobilität und -stabilität*, in: Hartmut Seifert/Olaf Struck (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*, Wiesbaden 2009, S. 101–134.

³⁸ Olaf Struck/Hartmut Seifert, *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Eine Einführung*, in: dies. (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*, Wiesbaden 2009, S. 8–13, hier S. 8.

fordernden Staats. Die Neuregulierungen zielten nun nicht mehr auf Statussicherung, sie schlugen den Weg zu einem Wohlfahrtsstaat mit Grundsicherung ein. Die Hartz-Reformen veränderten die Rahmenbedingungen für die Bevölkerungsgruppen, die Hilfe bezogen oder am Rande der Bedürftigkeit lebten. Neue Übergangsverhältnisse entstanden und zwangen die Arbeitslosen-, Arbeitslosigkeits- und Arbeitsforschung dazu, auch diese Veränderungen und Uneindeutigkeiten konzeptionell zu erfassen.

Ein Beitrag zur Analyse der Dynamiken und Mehrdeutigkeiten unter den Bedingungen der Hartz-Reformen ist das Konzept des *Arbeitsvermögens*³⁹. Dieses in der Arbeitsforschung entwickelte Konzept verwendet – unter anderem im Rückgriff auf den anthropologisch begründeten Arbeitsbegriff in den frühen Schriften von Karl Marx – einen erweiterten, also von Erwerbsarbeit losgelösten Arbeitsbegriff⁴⁰. Arbeitsvermögen stellt die Gebrauchswertseite von Arbeit dar, umfasst alle leiblichen, impliziten, nicht-formalisierbaren Fähigkeiten zur Aneignung von Welt und entsteht im handelnden Umgang mit deren Mitteln, Gegenständen und Organisationsformen. Dies bedeutet vor allem auch, dass Arbeitsvermögen keine intrapersonale Fähigkeit darstellt, sondern die Verschränkung von Welt und Subjekt, von Struktur und Handeln in sich trägt. So richtet das Konzept des Arbeitsvermögens den Blick nicht auf definierbare *Zustände* (arbeitslos/nicht arbeitslos), sondern hebt auf die potentiellen *Aneignungssphären zur Bildung von Arbeitsvermögen* (etwa Erwerbsarbeit, Alltagswelt, Familie, Hobby oder Schwarzarbeit) ab. Gefragt wird, in welcher Weise unterschiedliche Aneignungssphären Ressourcen zur Bildung von Arbeitsvermögen bereitstellen und unter welchen Bedingungen dieses individuell gebildet wird. Damit ist es möglich, all diejenigen Aspekte einzubeziehen, die sich formaler Zertifizierung entziehen und somit jenseits klassischer Marktgängigkeit zu verorten sind. Diese theoretische Perspektive verweist dabei auf den Ressourcencharakter von Arbeitsvermögen in der Erwerbs- ebenso wie in der Lebenswelt.

Aber wie bildet sich Arbeitsvermögen, wenn eine zentrale Aneignungssphäre, nämlich die der Erwerbsarbeit und des Berufs, fehlt? Arbeitsvermögen – so die Ausgangsannahme – unterliegt besonders in Phasen des Hilfebezugs Transformations- und Erosionsprozessen. Zugleich ist Arbeitsvermögen jedoch sowohl für die

³⁹ Vgl. Pfeiffer, Arbeitsvermögen, S. 138–195.

⁴⁰ Vgl. Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Bd. 42, und Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 40.

Chancen einer Arbeitsmarktintegration als auch für die Bewältigung des Alltags im Hilfebezug von zentraler Bedeutung⁴¹. Dieser konzeptionelle Zugang liegt quer zu Ansätzen, die etwa die Beschäftigungsfähigkeit oder die Kompetenzdebatte in den Mittelpunkt stellen⁴², und läßt es durch den Einsatz einer prozessualen Kategorie zu, die „Karriere“ des Arbeitsvermögens im biographischen Verlauf zu rekonstruieren und umgekehrt dessen Rolle als subjektive Kompetenz zu erfassen, die es ermöglicht, die eigene Biographie zu leben, zu ‚füllen‘ und als sinnhaft zu konstruieren. Überdies wird die biographische Dynamik in Beziehung zu den Veränderungen der Anforderungen einer sich wandelnden Erwerbswelt gesetzt. Arbeitsvermögen bezieht sich immer gleichzeitig auf objektive Gelegenheitsstrukturen wie biographische Zufälle oder Teilhabechancen und auf subjektive Fähigkeiten beziehungsweise Ressourcen. Dieser Begriff zielt sowohl auf die Ressourcen des Individuums als auch auf die Ressourcen der ihm zugänglichen Aneignungssphären. Arbeitsvermögen stellt damit ein übergreifendes Konzept jenseits der tradierten Dichotomisierung Erwerbsarbeit – Arbeitslosigkeit dar, das einen integrierten Blick auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Bewältigungsformen aus der Subjektperspektive zuläßt.

Besonders in gesellschaftlichen Übergangsbereichen enthält Arbeitslosigkeit häufig Elemente von Erwerbsarbeit wie Ein-Euro-Jobs oder arbeitspolitische Maßnahmen, während Erwerbsarbeit zuweilen durchaus der Arbeitslosigkeit (Aufstockung des Erwerbseinkommens im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) ähnelt. Will soziologische Arbeits-, Arbeitslosen- und Arbeitslosigkeitsforschung Fragen nach neuen Formen der Vergesellschaftung, sozialer Absicherung, Stabilität und Sicherung der Zukunftsfähigkeit unter immer stärkeren Flexibilitätsanforderungen beantworten, so benötigt sie Konzepte, die eine Verknüpfung der Sphären Erwerbsarbeit und Lebenswelt ermöglichen und insbesondere die bisherigen Grauzonen erfassen. In den Biographien der Menschen findet diese Integration der Sphären permanent statt; Getrenntes muss somit wieder zusammengedacht werden.

⁴¹ Vgl. Sabine Pfeiffer u.a., Arbeitsvermögen und Arbeitslosigkeit. Empirische und theoretische Ergebnisse der SGB-II-Evaluation (2008), unter www.isf-muenchen.de/pdf/Arbeitsvermoegen_und_Arbeitslosigkeit.pdf.

⁴² Vgl. Markus Promberger u.a., Beschäftigungsfähigkeit, Arbeitsvermögen und Arbeitslosigkeit, in: WSI-Mitteilungen 61 (2008), S. 70–76.

Markus Promberger

Das Beschäftigungsmotiv in der Arbeitszeitpolitik

1. Motivkonstellationen

Seit der industriellen Revolution ist Deutschland mit periodisch auftretender Arbeitslosigkeit konfrontiert¹. Mit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung einher geht die zunehmende Bedeutung der Arbeitslosigkeit als soziales Problem. Dabei haben sich verschiedene Säulen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickelt: Die Arbeitsvermittlung, zunächst von Kommunen, Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften, vereinzelt auch von privaten Anbietern betrieben, seit 1922 monopolisiert in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und ihren Rechtsnachfolgern bis zur heutigen Bundesagentur für Arbeit. Hinzu kam 1927 die Arbeitslosenversicherung, die dem Träger der Arbeitsvermittlung angegliedert wurde. Auch finden sich seit den späten 1920er Jahren vermehrt Maßnahmen des Typs, den man seit den späten 1960er Jahren als „aktive Arbeitsmarktpolitik“ bezeichnet: Öffentliche Beschäftigung von Arbeitslosen, später auch Kurzarbeitergeld, Winterbauförderung, Qualifikation, Umschulung und andere Instrumente. Ansätze von Konjunktur- und öffentlicher „arbeitsmarktfreundlicher“ Wirtschaftspolitik traten in den 1970er Jahren hinzu.

Doch man ginge fehl, die Betrachtung auf die staatliche Arbeitsmarktpolitik zu beschränken und die anderen Kollektivakteure des Wirtschaftslebens auszublenden. Vor allem die Gewerkschaften verbanden wiederholt beschäftigungspolitische Erwägungen mit ihrer Arbeitszeitpolitik, während die Arbeitgeber diesen Ansinnen oftmals negativ gegenüberstanden, auch wenn sie phasenweise bestimmte arbeitszeitpolitische Überlegungen der Gewerkschaften teilten. Um die Geschichte des Beschäftigungsmotivs in der Arbeitszeitpolitik soll es im Folgenden gehen. Dabei kann dieses allerdings nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss zu den anderen Motiven der Arbeitszeitpolitik in Beziehung gesetzt werden².

¹ Vgl. Markus Promberger, Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit, 3 Teile, in: *Arbeit und Beruf* 56 (2005), S. 1ff., S. 33ff. und S. 65ff.

² Ausführlich hierzu Markus Promberger, Wie neuartig sind flexible Arbeitszeiten? Historische Grundlinien der Arbeitszeitpolitik, in: Hartmut

Die arbeitszeitpolitischen Motive von Arbeitnehmern und Gewerkschaften lassen sich idealtypisch folgendermaßen kategorisieren: Das Humanisierungsmotiv umfasst den Belastungsabbau, Gesundheitsaspekte, den Schutz von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Müttern, älteren oder behinderten Arbeitnehmern, aber auch familienbezogene Gesichtspunkte oder generell die Anpassung von Arbeitszeiten an individuelle und kollektive Lebensformen und Lebenslagen. Zum Humanisierungsmotiv gehören aber auch Beweggründe, die auf Bildung, Selbstentfaltung und Kreativität zielen. Arbeitsökonomische Motive in der Arbeitszeitpolitik beziehen sich auf das Verhältnis von Lohn und Arbeitszeit. Das emanzipatorische Motiv schreibt dem Umfang der Arbeitszeit eine wichtige Rolle bei der politischen Bildung und Befreiung der arbeitenden Menschen zu. Eine der zentralen arbeitszeitpolitischen Triebkräfte der Gewerkschaften und Arbeitnehmer ist der Abbau von Arbeitslosigkeit – also das Beschäftigungsmotiv.

Die Bedürfnisse und Interessen von Arbeitgebern hinsichtlich der Arbeitszeit stehen unter der prinzipiellen Anforderung der ökonomisch optimalen Ressourcennutzung, was jedoch je nach Art der produzierten Güter und Dienstleistungen beziehungsweise der dabei eingesetzten Ressourcen und Technologien oder der Strukturierung der für das Unternehmen relevanten Märkte höchst unterschiedliche Zeitstrukturen bedingen kann. Diese Unterschiede bestehen sowohl im Querschnitt verschiedener Betriebe und Branchen, aber auch im historischen Längsschnitt. Kontinuitäts- und Flexibilitätserfordernisse treten dabei in der industriellen Produktion wie auch in den heutigen spät- und nachindustriellen Arbeitsverhältnissen neben- oder gegeneinander.

Arbeitszeitinteressen sowohl auf Arbeitnehmer- wie auch auf Arbeitgeberseite sind durchaus nicht homogen. Individuelle wie kollektive Interessenformierung in Arbeitszeitfragen stellen vielmehr stets einen Balanceakt dar³. Dabei entstehen innerhalb der Kollektivakteure konkrete Forderungen und Handlungsrichtlinien im Hinblick auf die Arbeitszeit: Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit, die Normierung der Arbeitszeit im Sinne einer Eingrenzung von Schwankungen im Zeitverlauf oder flächenmäßigen Standardisierung, die Synchronisierbarkeit mit anderen

Seifert (Hrsg.), *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*, Frankfurt a.M. 2005, S. 9–39.

³ Vgl. Helmut Wiesenenthal, *Strategie und Illusion. Rationalitätsgrenzen kollektiver Akteure am Beispiel der Arbeitszeitpolitik 1980–1985*, Frankfurt a.M./New York 1987.

Zeitstrukturen sowie die Frage der Freiräume für zumindest ansatzweise selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung.

2. Arbeitszeitpolitik in der frühen Industriegesellschaft

In der Frühphase der Industrialisierung, die in Deutschland für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts angesetzt werden kann, war das „arbeitszeitpolitische“ Handeln der Arbeiter vor allem auf die Aufrechterhaltung traditioneller Zeitkulturen im Arbeitsalltag gerichtet. Feiertage, blaue Montage, das Verlassen der Arbeitsstätte zum Beispiel in der Erntezeit oder bei Festen im Herkunftsort und andere „Freiräume herkömmlicher Selbstbestimmung“⁴, aber auch das Nebeneinander extensiver formaler Arbeitszeiten und informellen Unterlaufens dieser Regelungen durch Blaumachen, Zuspätkommen, Bummelei, exzessive Pausen, Schlafen und Alkoholtrinken am Arbeitsplatz prägten die frühindustrielle Arbeitszeitkultur. Diese traditionalistisch-vorindustrielle Interessenströmung hielt sich in manchen Branchen und Regionen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, ihre Disziplinierung war ein zentrales Anliegen von Arbeitgeberern und Staat⁵.

Demgegenüber standen diejenigen Arbeitergruppen, deren Arbeitskultur sich an städtisch-ständischen Traditionen des Handwerks, angesichts einer „lebenslänglichen“ Perspektive auf Lohnarbeit⁶ aber auch an der Einsicht in die Notwendigkeit des pfleglichen Umgangs mit der eigenen Arbeitskraft orientierte. Ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts war die Begrenzung der mit dem Arbeitsleben einhergehenden Belastungen durch die Verkürzung des Arbeitstags ein Anliegen der frühen Arbeiterbewegung und ihrer Unterstützer. Dies lässt sich am Beispiel der Agitation für den Zehnstundentag gut nachvollziehen. Zuerst in England begann damals auch der Abbau von Arbeitslosigkeit eine argumentative Rolle zu spielen, so dass uns hier wohl zum ersten Mal in der Geschichte das beschäftigungsorientierte Motiv in der Arbeitszeitpolitik begegnet.

Parallel zu den Wirtschaftskrisen im späten 19. Jahrhundert und der dabei immer wieder auftretenden Arbeitslosigkeit wurden in der Arbeiterbewegung Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung

⁴ Karl Hinrichs, *Motive und Interessen im Arbeitszeitkonflikt. Eine Analyse der Entwicklung von Normalarbeitszeitstandards*, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 27.

⁵ Vgl. Robert Castel, *Die Metamorphosen der Sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000, S. 287.

⁶ Vgl. Goetz Briefs, *Das gewerbliche Proletariat*, in: Alfred Vierkandt (Hrsg.), *Handwörterbuch der Soziologie*, Stuttgart 1931, S. 111.

zur gerechteren Verteilung der Arbeit erhoben: „That so long as there is one man who seeks employment and cannot obtain it, the hours of work are too long“, befand schon im späten 19. Jahrhundert der damalige Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbunds American Federation of Labour, Samuel Gompers⁷, wobei diese Einstellung zumindest in Gewerkschaftskreisen auch lohnpolitisch motiviert war⁸.

Werfen wir noch einen Blick auf die Unternehmer: In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden sich hier zunächst vor allem Bestrebungen zum Abbau vorindustrieller Zeitkulturen. Im Hintergrund dieser Position stand das Interesse, die kontinuierliche Verfügbarkeit der Ressource Arbeit sicherzustellen, wie es auch heute noch in Diskussionen um Wochenendarbeit aufscheint. Gleichzeitig war in der Frühphase der Industrialisierung die Flexibilität der Arbeitszeiten für die Unternehmer angesichts der Diskontinuitäten von Energie- und Rohstoffversorgung sowie unentwickelten Märkten und Technologien erstaunlich wichtig: Wenn es die Kontextbedingungen zuließen, wurde produziert bis zum sprichwörtlichen Umfallen⁹. Flexibilitätsinteressen der Unternehmer sind also keineswegs erst seit 1980 festzustellen.

Arbeitszeitpolitische Motive in der frühindustriellen Phase weisen bereits alle Facetten auf, die uns heute noch vertraut sind oder die wir heute als neu betrachten. Bekannt sind auf Arbeitnehmerseite Verkürzungsinteressen zum Belastungsabbau, für Bildung und Familie, erstmals und prominent auch zur Umverteilung von Arbeit, sowie Interessen zur Normierung von Zeitstrukturen. Gleiches gilt für die Arbeitgeberseite, wo die Abwehr von Verkürzungsbestrebungen, aber auch die Vermeidung von ineffizienten überlangen Arbeitszeiten dem heutigen Beobachter geläufig sind. Weniger bekannt sind die Autonomiebestrebungen der traditionellen, von vorindustrieller Arbeitskultur geprägten Arbeitnehmerschaft, aber auch die Flexibilitätsinteressen der Arbeitgeber in der frühindustriellen Epoche sowie ihr Bedürfnis nach kontinuierlicher Verfügbarkeit des Faktors Arbeit.

⁷ Samuel Gompers, *The eight-hour workday: its inauguration, enforcement and influences*, Washington 1897; zit. nach Hinrichs, *Motive und Interessen*, S. 57.

⁸ Vgl. ebd., S. 58, und Gary S. Cross, *The Political Economy of Leisure in Retrospect. Britain, France and the Origin of the Eight-Hour-Day*, in: *Leisure Studies* 5 (1986), S. 69–90.

⁹ Vgl. Christoph Deutschmann, *Der Weg zum Normalarbeitstag. Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie bis 1918*, Frankfurt a.M./New York 1985, S. 41 ff.

3. Die hochindustrielle Phase der Arbeitszeitpolitik

Der Industrialismus als praktizierte Lebensform wie als kulturelle Chiffre stand nach dem Ersten Weltkrieg in voller Blüte. Technologie, Märkte und Arbeitskultur hatten sich in hohem Maße von ihren vor- und frühindustriellen Wurzeln emanzipiert, die Arbeiterschaft war – ob auf revolutionäre oder reformerisch-integrative Weise – auf dem Wege in die Mitte der Gesellschaft. So steht die von Henry Ford propagierte Synthese aus Massenproduktion, Massenmotorisierung und Massenkonsum, später als „Fordismus“ bezeichnet, synonym für die Gesellschaftsformation eines entwickelten Kapitalismus, der – anders als seine auf Massenelend und politischer Unterdrückung aufbauenden Vorgänger – imstande ist, wohlfahrtsstaatliche Züge zu entwickeln und die demokratische Integration des Klassenkonflikts zu leisten. Die Brüche, von denen diese Entwicklung vor allem in den Jahren 1918 bis 1945 begleitet war, sollten allerdings dabei nicht aus dem Blick geraten, wie etwa Reaktion und Faschismus in Teilen Europas oder Polizeieinsätze gegen Streikende in den USA. Generell ist die ablehnende Haltung weiter Teile des Unternehmertums gegenüber den Interessen der Arbeitnehmerschaft konstitutiv für diese Phase.

Das beschäftigungspolitische Motiv begegnet uns in deutlicher Form, als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die Einführung des Achtstundentags beschlossen wurde. Grund hierfür war die angespannte Arbeitsmarktlage wegen des Rückbaus der Rüstungsproduktion und der Integration der Kriegsheimkehrer in den Arbeitsmarkt. Für die hohe Bedeutung des Beschäftigungsmotivs in dieser Zeit spricht, dass auf drei verschiedenen Handlungsebenen, der internationalen, der nationalstaatlichen und der tarifpolitischen, entsprechende Beschlüsse unter Bezugnahme auf die Beschäftigungssituation gefasst wurden: Im Washingtoner Abkommen einigten sich die Mitgliedsstaaten der ILO 1919 auf eine tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden¹⁰, in den deutschen Demobilisierungsverordnungen von November 1918 und März 1919 wurde der Achtstundentag zeitlich befristet dekretiert und im Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 von den Tarifparteien beschlossen. All diese Abkommen und Dekrete wurden jedoch im Laufe der nächsten Jahre zunehmend unterlaufen, verwässert oder aufgehoben, beispielsweise in der Arbeitszeitverordnung von 1923, so dass die (Wieder-)Durchsetzung des Achtstundentags ein

¹⁰ Das Abkommen wurde allerdings nur in Belgien und der Tschechoslowakei ratifiziert.

wichtiges Anliegen der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik blieb.

Auch in den großen Arbeitsmarktkrisen der mittleren und späten 1920er Jahre plädierte der ADGB wiederholt beschäftigungspolitisch für eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege beziehungsweise für die schematische Einhaltung des Achtstundentags¹¹. 1927 kam es dann auf Initiative von Gewerkschaften und SPD zum „Arbeitszeitnotgesetz“, das – vor allem zur Entlastung des Arbeitsmarkts – einen Überstundenzuschlag von 25 Prozent und die Reduktion der täglichen Arbeitszeit an gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen auf acht Stunden vorsah¹². Die Argumentation der Gewerkschaften war allerdings selten einheitlich und wurde nicht kontinuierlich durchgehalten¹³. Dies änderte sich zu Beginn der 1930er Jahre, als der ADGB die Einführung der 40-Stunden-Woche forderte, um der auch durch technologischen und arbeitsorganisatorischen Fortschritt bedingten anhaltenden Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Anders als beispielsweise in den USA blieb dieser beschäftigungspolitisch motivierte Vorstoß in Deutschland allerdings erfolglos¹⁴.

Einen Kampf um die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mussten die Unternehmer nun nicht mehr führen. Die ursprünglich äußerst heterogene Arbeiterschaft hatte sich zu einer relativ homogenen „Klasse“ entwickelt, der außer der lebenslangen Lohnarbeit kaum eine Existenzperspektive zur Verfügung stand. Die Unternehmer widmeten sich mit Methoden der „wissenschaftlichen Betriebsführung“¹⁵ nunmehr in hohem Maße der Kontrolle der Verausgabung von Arbeitskraft im Produktionsprozess sowie der Abwehr oder Revision gewerkschaftlicher und gesetzlicher Vorstöße zur Arbeits-

¹¹ Vgl. Wilhelm Rohde, Arbeitszeitverordnung in der Fassung des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927, nebst zugehörigen Gesetzen und Verordnungen, Leipzig 1927, S. 10ff.

¹² Ursprünglich war eine erneute Schematisierung des Achtstundentags angestrebt, die – so ein zeitgenössischer Kommentar – sogar noch deutlich über das Washingtoner Abkommen hinausging. Vgl. Friedrich Syrup, Die gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit nach dem Gesetz vom 14. 4. 1927 (Arbeitszeitnotgesetz) mit den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 29. 4. 1927, Berlin ³1927, S. 6.

¹³ Vgl. Günter Scharf, Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Köln 1987.

¹⁴ Zur erfolgreicheren Etablierung der 40-Stunden-Woche in den USA vgl. Hinrichs, Motive und Interessen, S. 81ff.

¹⁵ Frederick Winslow Taylor, Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München 1919.

zeitverkürzung. So rief die schematische Durchführung des Achtstundentags in Deutschland seit 1918 breiten Widerstand hervor: Nicht nur die antigewerkschaftlich eingestellten Teile der Unternehmerschaft, sondern auch sozialreformerische Unternehmer wie Robert Bosch und Ernst Abbe und Sozialpolitiker wie Lujo Brentano, die den Achtstundentag prinzipiell befürworteten, wandten sich gegen dessen schematische Anwendung, weil dies die besonderen Zeitbedarfe einzelner Betriebe oder Situationen ignorierte¹⁶. Diese Kritik, die auf die Flexibilitätsanforderungen betrieblicher Produktion Bezug nahm, reichte wohl bis in Teile des Gewerkschaftslagers¹⁷.

Wenden wir uns kurz der NS-Zeit zu: Eine der beschäftigungspolitischen Sofortmaßnahmen der Regierung Hitler nach der Machtergreifung war – neben der Manipulation der Arbeitslosenstatistik – die befristete Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich¹⁸. Ziel war die – von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung begleitete – Befriedung der Arbeitnehmer und ihre Einbindung in den NS-Staat durch die „Lösung“ (faktisch Verschiebung) des drängenden sozialpolitischen Problems der Arbeitslosigkeit. Von dieser Verkürzung wurde jedoch im Zuge der wirtschaftlichen Expansion, besonders auch der Rüstungsindustrie, bald wieder nach oben abgewichen. Spätestens mit dem Übergang zur Kriegswirtschaft koppelte sich die NS-Arbeitspolitik endgültig von jedweder materiellen wie symbolischen Bezugnahme auf Arbeitnehmerinteressen ab. Die Arbeitszeitfrage reduzierte sich auf den Gegenstand von „Gefolgschaftspflichten“ – so der Tenor der Arbeitszeitverordnung von 1934¹⁹ – und Kriegsverordnungen. An Rüstungsbedarf und bald einsetzender Personal-

¹⁶ Vgl. z.B. Ernst Abbe, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des Industriellen Arbeitstages. Zwei Vorträge (1901), in: ders., Sozialpolitische Schriften, Jena ²1921; Lujo Brentano, Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit, Leipzig ²1983.

¹⁷ Vgl. Hinrichs, Motive und Interessen, S. 70.

¹⁸ Vgl. – auch zum Mythos vom Abbau der Arbeitslosigkeit durch die NS-Regierung – Markus Promberger, Das VW-Modell und seine Nachfolger. Pioniere einer neuartigen Beschäftigungspolitik, München/Mering 2002, S. 31; Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, S. 47.

¹⁹ Abgesehen vom Gefolgschaftsbegriff stellte die Verordnung inhaltlich vor allem eine Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Arbeitszeitregelungen der späten Weimarer Zeit dar, beseitigte aber sämtliche Mitbestimmungsaspekte. Vgl. Johannes Denecke/Dirk Neumann, Arbeitszeitordnung, München ¹⁰1987.

knaptheit orientierte Arbeitszeitverlängerungen prägten die Kriegszeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine rund zehnjährige Periode hoher Arbeitslosigkeit²⁰. Die Alliierten setzten 1946 die Kriegsverordnungen außer Kraft und reinstallierten damit die Arbeitszeitordnung von 1934²¹. Mitte der 1950er Jahre hatte sich dann die wirtschaftliche Situation konsolidiert und die Arbeitslosigkeit war auf ein niedriges Niveau gefallen. Mit dem Ende der krisenhaften Nachkriegsperiode und dem Beginn der wirtschaftlichen Expansion erhoben die wiedererstandenen Gewerkschaften erneut die Forderung nach verkürzten Arbeitszeiten; zwischen 1956 und 1966 wurde beispielsweise in der Metallindustrie die 40-Stunden-Woche eingeführt²². Vor dem Hintergrund der geringen Arbeitslosigkeit ist verständlich, dass hierbei vor allem humanisierungs- und verteilungspolitische Argumente ins Feld geführt wurden und das Beschäftigungsmotiv kaum eine Rolle spielte.

Ähnlich wie schon in den 1930er Jahren in den USA etablierte sich eine spezifische Kompromissstruktur zwischen Arbeit und Kapital, nach der längere Arbeitszeiten, Sonn- oder Feiertagsarbeit und später auch Samstagsarbeit prinzipiell zulässig waren und im Prinzip dem Dispositionsrecht der Arbeitgeber unterstanden, aber per Tarifvertrag als vom Arbeitszeitstandard abweichend definiert und höher bezahlt wurden. Durch die prinzipielle Beibehaltung des Achtstundentags wurde dem gewerkschaftlichen Interesse Rechnung getragen, die Unternehmen konnten jedoch ihren Flexibilitätsbedarf mittels gesondert und verteuert entgoltenen Mehrarbeit decken. Gleichzeitig ergab sich für Arbeitnehmer eine Gelegenheit zur Einkommenssteigerung; gewerkschaftliche Verhandlungen und betriebliche Mitbestimmungsprozeduren beschränkten das Direktionsrecht der Unternehmen. So entstand ein tragfähiger Flexibilitätskompromiss, der den „Produktivitätspakt“ zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf dem Felde der industriellen Arbeitszeit ergänzte und bis 1994 zum Grundbestand der bundesrepublikanischen Arbeitszeitpolitik gehören sollte.

²⁰ Vgl. Promberger, VW-Modell, S. 32.

²¹ Sie blieb bis 1994 in Kraft.

²² Vgl. Joachim Bergmann/Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1975, S. 192; Karl-Heinz von Kevelacr/Karl Hinrichs, Arbeitszeit und „Wirtschaftswunder“. Rahmenbedingungen des Übergangs zur 40-Stunden-Woche in Deutschland, in: PVS 26 (1985), S. 52–75.

4. Die Renaissance des Beschäftigungsmotivs in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Spätestens Mitte der 1970er Jahre setzten Verschiebungen im wirtschaftlichen Gefüge Westdeutschlands ein, die sich auch auf die Arbeitszeitpolitik auswirken sollten. Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung, Rückgang des Wachstums, die Abkehr von der hochstandardisierten Massenproduktion und vor allem die wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung erzwangen auf Unternehmensseite nicht nur eine vermehrte Fähigkeit zur Adaption an wechselnde Marktbedingungen, sondern konfrontierten die Gesellschaft nach dem Ende der Nachkriegsprosperität wiederum mit Massenarbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften leiteten mit den „Vorschläge[n] des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ 1977 erneut eine Phase der Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein, diesmal unter expliziter Heranziehung beschäftigungspolitischer Motive – hatte doch die Arbeitslosenzahl mit ihrem Sprung auf über eine Million 1975 bedrohlich zu wachsen begonnen. Die Gewerkschaften, voran die IG Metall, führten die Auseinandersetzungen mit einer Verbindung von beschäftigungspolitischen und humanisierungsbezogenen Motiven, wobei unter letzteren der persönliche Freizeitgewinn gegenüber den (älteren) Aspekten der Humanisierung der Arbeitsbedingungen bald in den Vordergrund trat. Emanzipatorische Motive spielten nur am Rande, bevorzugt in Diskussionen der Gewerkschaftslinken, eine Rolle²³. Diese Konstellation besteht angesichts der hohen Sockelarbeitslosigkeit im Grundsatz bis heute fort.

Die Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzungen seit 1974 sind in Expertenkreisen kontrovers diskutiert worden. Publizistische Gravitationszentren waren Düsseldorf und Köln, wo mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut und dem Institut der deutschen Wirtschaft nicht nur die Forschungsinstitute der Gewerkschaften und Arbeitgeber saßen, sondern auch das Institut für Soziale Chancen, das regelmäßige Repräsentativbefragungen zu Arbeits- und Betriebszeiten und Arbeitszeitwünschen durchführte²⁴. Weitere Zentren im wissenschaftlich-politischen Diskurs bildeten der Bielefelder Forschungsschwerpunkt Zukunft

²³ Vgl. z.B. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 35 Stunden sind genug! Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch Arbeitszeitverkürzung, Köln 1983, S. 21.

²⁴ Vgl. zuletzt Frank Bauer u.a., Arbeitszeit 2003. Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsorganisation und Tätigkeitsprofile, Köln 2004.

der Arbeit²⁵, der Arbeitszeitpräferenzen der Beschäftigten und deren kollektive Organisierbarkeit analysierte, das Frankfurter Institut für Sozialforschung mit seinen historisch-soziologischen Untersuchungen zum Normalarbeitszeitstandard²⁶, das Wissenschaftszentrum Berlin, in dessen Arbeiten es auch um den Zusammenhang lebensweltlicher Differenzierungen mit der Entstehung flexibler Arbeitszeitformen ging²⁷, sowie die Projektgruppe Arbeits- und Industrieforschung am Erlanger Institut für Soziologie, die eine Evaluation der Pilotabschlüsse in der Metallindustrie zur tariflichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchführte²⁸. Nicht zu vergessen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das IAB der damaligen Bundesanstalt für Arbeit: So setzte die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeiten mit Lutz Reyher vom IAB ein, Bernhard Teriet trug unmittelbar darauf entscheidend zur Prägung des Begriffs der Arbeitszeitflexibilisierung bei²⁹. Eine der ersten Unternehmensbefragungen zur Arbeitszeitverkürzung sowie

²⁵ Vgl. Claus Offe/Karl Hinrichs/Helmut Wiesenthal (Hrsg.), *Arbeitszeitpolitik. Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit*. Frankfurt a.M. 1983; Uwe Engfer u.a., *Arbeitszeitsituation und Arbeitszeitverkürzung in der Sicht der Beschäftigten*, in: *MIAB* 16 (1983), S. 91–105; Karl Hinrichs, *Zur Zukunft der Arbeitszeitflexibilisierung. Arbeitnehmerinteressen, betriebliche Interessen und Beschäftigungswirkungen*, in: *Soziale Welt* 43 (1992), S. 313–330.

²⁶ Vgl. Edwin Schudlich, *Die Abkehr vom Normalarbeitstag. Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie der Bundesrepublik seit 1945*, Frankfurt a.M. 1987.

²⁷ Vgl. Andreas Hoff, *Betriebliche Arbeitszeitpolitik zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung*, München 1983; Friedhart Hegner/Margarete Landenberger, *Arbeitszeit, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung*, Opladen 1988; Eckart Hildebrandt/Kristina Thureau-Vetter, *Destandardisierung von Lebensläufen – Gestaltungsmöglichkeiten von Lebensarbeitszeit*, in: Frank Bsirske u.a. (Hrsg.), *Es ist Zeit: Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitiinitiative*, Hamburg 2004, S. 178–194.

²⁸ Vgl. Rudi Schmidt/Rainer Trinczek, *Verbetrieblichung – viele Risiken, wenig Chancen*, in: Eckart Hildebrandt/Eberhard Schmidt/Hans Joachim Sperling (Hrsg.), *Zweidrittelgesellschaft – Eindrittelgewerkschaft. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1988/89*, Berlin 1988, S. 54–72; Markus Promberger, *Was wird aus der Arbeitszeit? „Modernisierung“ der betrieblichen Arbeitszeiten in der Metallindustrie zwischen Verkürzung, Pluralisierung und Differenzierung*, München/Mering 1993; Christa Herrmann u.a., *Forcierte Arbeitszeitflexibilisierung. Die 35-Stunden-Woche in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis*, Berlin 1999; Markus Promberger u.a., *Hochflexible Arbeitszeiten in der Industrie. Chancen, Risiken und Grenzen für Beschäftigte*, Berlin 2002.

²⁹ Vgl. Lutz Reyher, *Beschäftigungspolitische Alternativen zu hoher Arbeitslosigkeit*, in: *WSI-Mitteilungen* 28 (1975) H. 2, S. 63–72; und Bernhard Teriet, *Zeitsouveränität durch flexible Arbeitszeit*, in: *APuZ* B 31/76, S. 3–15.

das wohl erste und auch das bislang letzte Resümee zum Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung stammen aus diesem Institut³⁰. Dazwischen liegen viele Beiträge des IAB, die eine moderate Zwischenposition in der bis in die 1990er Jahre fortwirkenden Kontroverse einnehmen.

Während arbeitgebernahe Publikationen den Beschäftigungseffekt abstritten³¹, bewegten sich seriöse gewerkschaftsnahe Schätzungen zwischen 300.000 und einer halben Million durch tarifliche Wochenarbeitszeitverkürzung, das Vorruhestandsgesetz und die Ausweitung der Teilzeitarbeit gesicherter oder geschaffener Arbeitsplätze bis etwa 1987³². Ein wesentliches Problem der Quantifizierung des Beschäftigungseffekts besteht darin, dass in den Betrieben Arbeitszeitverkürzungen nicht nur durch Umverteilung von Beschäftigung, sondern auch durch Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitsverdichtung aufgefangen werden können. Und bei Rationalisierungsmaßnahmen wie auch bei Beschäftigungsgewinnen ist niemals komplett auseinanderzuhalten, ob sie ohnehin erfolgt wären oder erst durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelöst wurden. Dabei spielt auch eine Rolle, dass technisch-organisatorische Änderungen in den Produktionsprozessen vor allem in Zeiten schlechter Konjunktur umgesetzt werden, ähnlich wie die beschäftigungspolitisch motivierte Arbeitszeitverkürzung. Rationalisierung gilt als wichtiger Gegenspieler der Arbeitsmarktentlastung durch kürzere Arbeitszeiten, letztere können durch die relative Verteuerung des Faktors Arbeit noch als zusätzliche „Rationalisierungspeitsche“ wirken. Die Produktivitätsgewinne kürzerer Arbeitszeiten und Rationalisierungen können jedoch auf längere Sicht wiederum zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen. Zur Abschwächung des

³⁰ Vgl. Eugen Spitznagel, Unternehmensbefragungen zur Arbeitszeitverkürzung, in: *Arbeitszeit und flexible Altersgrenze. Aspekte und Fakten zur aktuellen Diskussion*, hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1983, S. 68–72; Jürgen K. Kühl, Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitszeitverkürzung war und bleibt beschäftigungswirksam, in: *Arbeit und Beruf* 38 (1987) H. 6, S. 185f.; Hans-Uwe Bach u.a., *Arbeitszeitpolitik*, in: Jutta Allmendinger/Werner Eichhorst/Ulrich Walwei (Hrsg.), *IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten*, Frankfurt a.M. u.a. 2005, S. 144–189.

³¹ Vgl. Jürgen Husmann/Elisabeth Neifer-Dichmann, Arbeitszeitverkürzungen – ein beschäftigungspolitischer Fehlschlag, in: Peter Hampe (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung*, München 1993, S. 59–74.

³² Überblicke bei Hartmut Seifert, Beschäftigungswirkungen und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik, in: *WSI-Mitteilungen* 42 (1989), S. 156–163, und Frank Stille/Rudolf Zwerner, Arbeitszeitverkürzung als Instrument der Beschäftigungspolitik, in: *WSI-Mitteilungen* 41 (1988), S. 594ff.

Beschäftigungseffekts trägt auch die Verkürzung in kleinen Schritten von wenigen Stunden pro Woche bei, die es den Betrieben leicht macht, allein mit organisatorischen Optimierungen und Rationalisierungsmaßnahmen zu reagieren, während von einer „schockartigen“ Arbeitszeitverkürzung möglicherweise größere Beschäftigungsimpulse zu erwarten wären.

5. Ausblick

Die „nachfordistische“ Epoche der Arbeitszeitpolitik weist einige bemerkenswerte Parallelen zur frühindustriellen Phase auf. Wie damals operieren Unternehmen heute in äußerst unsicheren Umwelten. Früher riefen Wechselfälle in den natürlichen Produktionsbedingungen oder Störungen der noch unentwickelten Märkte Risiken und Friktionen des Produktionsablaufs hervor, heute sind intensivierte Konkurrenz und überfungible Märkte einer global vernetzten Wirtschaft – etwa der Kapital- oder Finanzmarkt – an deren Stelle als Risikoproduzenten getreten. Zudem macht gelegentlich immer noch die Natur, auch in Form menschengemachter Katastrophen, von sich reden. Die Flexibilität des Faktors Arbeit, sowohl in ihrem Preis, als auch in zeitlicher und numerischer Disponibilität, ist heute wie zu Marx' Zeiten eine zentrale Anpassungsgröße für Unternehmen. Auf Seiten der Beschäftigten haben Arbeitszeitverkürzungen früherer Jahrzehnte und soziokulturelle Differenzierungsprozesse zu einer erneuten Heterogenisierung der Zeitinteressen geführt. Der Industrialismus als gemeinsamer Wertekanon und das Normalarbeits(zeit)verhältnis scheinen weitgehend ausgedient zu haben. Periodisch treten Interessen und Motive nach einer Entlastung des Arbeitsmarkts durch kürzere Arbeitszeiten vor allem auf der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsseite auf; dabei lassen sich deutliche Parallelen zum Konjunkturzyklus feststellen.

Wie viele Arbeitsplätze die Periode der Arbeitszeitverkürzung in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ nun genau gerettet hat, ist kaum rekonstruierbar und bleibt strittig. Sicher ist allerdings, dass mit der auch beschäftigungspolitisch motivierten Absenkung der Arbeitszeiten seit 1980 ein weiteres Instrument für den Werkzeugkasten der Krisenbewältigung entstanden ist. Ob dies künftig – wie in den 1980er Jahren – vor allem in Form branchenweiter Verkürzungen der Wochen- oder Lebensarbeitszeit eingesetzt wird, ob wie in den 1990er Jahren in Form betrieblicher Bündnisse zur Beschäftigung und Standortsicherung oder wie im Herbst 2008 als Abbau von Stundenbeständen auf prallgefüllten Arbeitszeitkonten, wird sich zeigen. Gemeinsam ist allen Formen beschäftigungspoli-

tisch motivierter Arbeitszeitabsenkung ein „solidarischer“ Grundzug: Es gilt knapper werdende Arbeit umzuverteilen, bevor es zu Entlassungen als ultima ratio der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozesse kommt, oder neue Arbeitsplätze für bereits Arbeitslose zu schaffen.